

# GEMEINSCHAFT. MACHT. ZUKUNFT.

## TAGESPROTOKOLL

**Eröffnungsveranstaltung  
Sonntag, 8. Oktober 2017**

**6. Ordentlicher Gewerkschaftskongress der IG BCE  
8.–13. Oktober 2017 | Hannover Congress Centrum**



## Sonntag, den 8. Oktober 2017

Beginn 15:08 Uhr

(Tänzerische Darbietung: „Who cares?!“ – Beifall)

### HATICE AKYÜN

Herzlich willkommen, meine Damen und Herren! Ich weiß, Sie warten jetzt darauf, dass ich diesen Tanz weiterführe; ich kann es aber nicht. Ein bisschen Bauchtanz kann ich, das ist das Einzige. Aber das mache ich jetzt hier nicht. (Beifall) Nein! Das kann ich meinem armen Vater nicht antun.

Meine Damen und Herren, ich bin jetzt ganz von meinem Plan abgekommen. Ich wollte ja ganz seriös sein. Man erwartet, dass ich eine seriöse Moderation mache. Ich begrüße Sie zum 6. Ordentlichen Gewerkschaftskongress der IG BCE hier im Congress Centrum in Hannover. Hallo! (Beifall) Ich wusste gar nicht, dass es in Deutschland so viele Gewerkschafter gibt. (Widerspruch und Pfiffe) Warum verändert sich denn dann nichts? – Nein, alles gut. Da steht es ja: GEMEINSCHAFT.MACHT.ZUKUNFT. Hier geht es um die Zukunft, und ich glaube an Sie.

Mein Name ist Hatice Akyün. Ich bin so etwas wie eine Deutsche mit Migrationshintergrund. Aber darauf möchte ich jetzt gar nicht hinaus. Ich möchte Ihnen sagen, dass ich die große Ehre habe, heute durch das Eröffnungsprogramm führen zu dürfen. Ich weiß, ich meine oder ich glaube, ich bin nicht ganz zufällig heute Ihre Moderatorin. Quasi auf Kohle als Bergmannstochter in Duisburg geboren, (Beifall) weiß ich aus persönlicher Erfahrung, was es bedeutet, Teil einer Gewerkschaftsfamilie zu sein. Sehen Sie es mir also ein bisschen nach, wenn ich heute nicht nur Ihre Ansagerin bin, sondern auch das eine oder andere oder den einen oder anderen mit spitzer Zunge kommentiere. Aber es bleibt ja in der Familie, nämlich in der Gewerkschaftsfamilie. Mein Vater wäre so stolz auf mich, wenn er das sehen würde. Er würde es gar nicht glauben, dass seine Tochter hier vor so vielen Menschen, vor Gewerkschaftern steht. Das muss ich ihm nachher einmal erzählen.

Übrigens: Gewerkschaft heißt auf türkisch „sendika“. „Sendika“ war ein Wort, das tagtäglich dutzendfach bei uns zu Hause gesagt worden ist. Ich bin als kleines Mädchen mit diesem Wort groß geworden: Gewerkschaft bzw. „sendika“.

Bevor ich jetzt noch weiter über meine Vergangenheit ins Plaudern gerate – um die geht es hier ja gar nicht –, möchte ich Ihnen kurz die Tänzerinnen und Tänzer von „Who cares?!“ vorstellen, die wir gerade auf der Bühne gesehen haben. „Who cares?!“ – Sie werden es wissen – bedeutet so etwas wie: Wen interessiert es? – Ich würde einfach einmal sagen: Uns alle interessiert ein bisschen, was hinter diesem Tanzensemble steckt. Interessant ist, wie sich die Künstler von „Who cares?!“ hier in Hannover über die Turn- und Sportfördergesellschaft zusammengefunden haben. Mit „gefunden“ meine ich: Sie haben sich wirklich gefunden. Die Tänzerinnen und Tänzer haben spanische, türkische, englische und serbische Wurzeln. Ich würde fast sagen, sie repräsentieren das Herzstück einer Gewerkschaft. Egal, woher du kommst, egal, woran du glaubst – in der Gewerkschaft sind wir alle eins. (Beifall)

Die Choreografen, Daniel und Steven, haben den Tanz eigens für den heutigen Tag entwickelt. Man sagte mir, es seien die Begriffe, die Grundwerte der Demokratie getanzt worden. Ich meine, ein paar Sachen erkannt zu haben: die Freiheit, die Meinungsfreiheit usw. oder vielleicht habe ich es auch nur hineininterpretiert. Vielen Dank also an „Who Cares?!“ für den grandiosen Start in diesen Kongress. (Beifall)

Meine Damen und Herren, ich gebe es zu: Trotz Bergmannstochter ist das mein erster Gewerkschaftskongress. Dennoch habe ich meine Berührungspunkte gerade zur IG BCE, weil nämlich einer der Vorgänger bei uns zu Hause in Duisburg ein und aus ging. Mein Vater war Bergmann in Duisburg. Wir alle stammen aus Anatolien. Aber damals war es egal, woher man kam. Man war Kumpel, Kollege oder Nachbar im Ze-

chenhaus. Genau das einte uns: Die von da unten gegen die von da oben. – So habe ich es in Duisburg gelernt. Als mein Vater bei einem Unfall im Bergwerk seinen Arm verlor, setzte sich die Gewerkschaft für ihn ein, dass er bei seiner Rückkehr eine Arbeit an der Pforte der Zeche fand. Das Zauberwort damals hieß Solidarität.

Manchmal glaube ich allerdings, dass viele in diesem Land dieses Wort neu buchstabieren lernen müssen.

Heute werden in Duisburg die Reste der deutschen Stahlindustrie mit ausländischen Stahlindustriesteren verschmolzen, und das Ganze nennt man dann Globalisierung. Ich sage das, weil ich am eigenen Leib erfahre, wie sich die Arbeitswelt verändert, dass viele keine starke Stimme mehr gegen ihre Brötchengeber haben. Das liegt an veränderten Berufsbildern, neuen Mischgewerken und, wie man in der Betriebswirtschaft so schön sagt, an einer rasant zunehmenden Flexibilisierung der Arbeitswelt.

Sie alle hier wollen Weichen für eine neue, zeitgemäße Gewerkschaft stellen. Das ist so richtig wie wichtig. Heute arbeiten zum Beispiel in den Betrieben, in denen ich als Studentin gejobbt habe, nur noch halb so viele Leute wie zu meiner Studienzeit. In Forschung und Entwicklung, in der Qualitätskontrolle und in der Logistik sind es zwar mehr, aber in der Produktion ist so gut wie fast alles vollautomatisiert. Es stinkt zwar nicht mehr, es gibt keine Pfützen und tropfenden Maschinen, dafür aber auch keine Menschen mehr.

In meiner eigenen Branche, der Medienbranche, herrscht oftmals eine Vielfalt der Einfalt. Es gibt keine Mittel für Recherche, für vielschichtige Reportagen, für differenzierten Meinungsjournalismus. Es gibt viel weniger feste Stellen, dafür aber freie Honorarkräfte und prekäre Beschäftigung auf Abruf. Die Digitalisierung bringt Effektivität und Effizienz, sagte einmal einer meiner Chefs, für viele aber auch den Wegfall des Arbeitsplatzes.

Hier und genau hier hat die IG BCE einen schweren Job zu machen, und das, meine Damen und Herren, verdient meine ehrliche Anerkennung. (Beifall)

Natürlich sehe auch ich, wie wichtig es ist, eine starke, organisierte Gegenmacht zu bilden, etwas was schützt, fördert und einen gerechten Anteil am Profit nicht nur einfordert, sondern auch tatsächlich durchsetzt – für jene, die ihn durch ihre Arbeitskraft erwirtschaften.

Ich skizziere das aus vollem Respekt davor, was Sie hier in den nächsten Tagen leisten müssen. Sie müssen als starke Kraft eine solide Stimme in die Tagespolitik einbringen, in den Betrieben den Wandel sozial gestalten und den offenen Fragen der Gesellschaft ein offenes Ohr schenken.

Wilhelm Leuschner sagte kurz vor seiner Hinrichtung im Jahr 1944: „Schafft die Einheit!“, und er bezog es auf die Einheitsgewerkschaft. Heute brauchen wir die Einheit der Vielfalt in der Gesellschaft, um uns gegen die Rückkehr in die Klassengesellschaft zu wehren. Ich zähle auf Sie!

Lassen Sie mich noch einen Satz zum kulturellen Programm hier auf der Bühne sagen. Nichts, was Sie hier heute sehen werden, ist zufällig entstanden oder von der Stange gebucht. Alle Projekte sind in enger Zusammenarbeit mit dem Kulturbüro Carsten Weiss entstanden. Und glauben Sie mir: Es steckt verdammt viel Herzblut in den Vorbereitungen, damit Sie heute gut unterhalten werden.

Jetzt aber übergebe ich die Bühne und das Wort an unsere Gastgeberin. Begrüßen Sie mit mir die stellvertretende Vorsitzende der IG BCE, Edeltraud Glänzer. (Beifall)

## **EDELTRAUD GLÄNZER** (stellvertretende Vorsitzende der IG BCE)

Vielen herzlichen Dank für die tolle, tiefgründige, aber, wie ich finde, auch sehr persönliche Anmoderation.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist mir eine große Freude, Sie und Euch zum 6. Ordentlichen Gewerkschaftskongress der Industriergewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie hier in Hannover zu begrüßen. Herzlich willkommen und ein herzliches Glück auf! (Beifall)

Unser Kongress – Sie haben, Ihr habt es eben schon gehört; es ist ja auch der Einladung zu entnehmen –, steht unter dem Motto GEMEINSCHAFT.MACHT.ZUKUNFT., und dies, weil wir aus dem starken Zusammenhalt in unserer IG BCE die Kraft für sozialen Fortschritt entwickeln. Daran werden wir in dieser Kongresswoche mit personellen und programmatischen Entscheidungen, die unsere IG BCE weiter nach vorn bringen wird, gemeinsam sehr intensiv arbeiten.

Diejenigen, die in unserer gewerkschaftlichen Demokratie entscheiden, sind die 400 Frauen und Männer, die unsere Betriebe, unsere Branchen repräsentieren und die vor allem auch vom Vertrauen unserer Mitglieder getragen sind. Das seid Ihr, liebe Delegierte. Ihr seid uns ganz besonders herzlich willkommen. (Beifall) Auf Euch warten allein schon 368 Anträge. Die wollen alle beraten und beschlossen werden. Das ist auch wichtig, weil wir dann auf dieser Basis unsere künftige Arbeit ausrichten werden. Das ist für uns die Orientierung unseres Handelns in den nächsten vier Jahren. Wir freuen uns auf eine intensive, aber sicherlich auch sehr erfolgreiche Woche mit Euch.

Ein herzliches Willkommen gilt ebenso den Mitgliedern des Hauptvorstandes, den Mitgliedern des Beirats sowie den Kolleginnen und Kollegen aus den Landesbezirken und Bezirken. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, GEMEINSCHAFT.MACHT.ZUKUNFT. Ja, wir sind eine tolle Gemeinschaft, und wir sind stark für eine gute Zukunft, und das nicht erst seit heute. Vor zwei Jahren haben wir unser 125-jähriges Jubiläum gefeiert und vor 20 Jahren unsere IG BCE gegründet. Aus den vielen Jahrzehnten erfolgreicher gewerkschaftlicher Arbeit erwächst immer wieder neu unsere Kraft, die Lebens-, und Arbeitsbedingungen zu gestalten.

Ganz maßgeblichen Anteil an unserer Erfolgsgeschichte haben auch diejenigen, die vor uns Verantwortung getragen haben. Begrüßt bitte mit mir ganz herzlich unseren früheren Vorsitzenden Hubertus Schmoltdt. (Beifall) Lieber Hubertus, Du hast im Oktober vor genau 20 Jahren den Vorsitz der damals neuen und jungen IG BCE übernommen. Ich bin sicher, wir sind gemeinsam sehr stolz darauf, dass wir eine 20-jährige Erfolgsgeschichte daraus machen konnten. Wir freuen uns sehr, dass Du heute bei uns bist und dass Du uns auch in den weiteren Tagen begleitest.

Unsere Kollegen Hermann Rappe, Hans Berger und Klaus Südhofer können heute aus gesundheitlichen Gründen leider nicht dabei sein. Wir senden ihnen aber von Herzen die besten Genesungswünsche, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. (Beifall)

Unter uns ist heute unser ehemaliger und langjähriger stellvertretender Vorsitzender Ulrich Freese. Lieber Uli, wir begrüßen Dich mit einem herzlichen Glück auf! Wir gratulieren Dir sehr, sehr herzlich zu Deiner Wiederwahl in den Bundestag. Wir wissen Dich und die anderen IG-BCE-Bundestagsabgeordneten auch dort an unserer Seite. Und das ist gut so! (Beifall)

Ein besonders herzliches Willkommen gilt dem Ministerpräsidenten von Niedersachsen, Stephan Weil, und dem Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover, Stefan Schostok. Herzlich willkommen! (Beifall) Wir freuen uns aber nicht nur, dass Ihr

gekommen seid, sondern Ihr werdet nachher noch zu uns sprechen. Das ist wunderbar. Auch darauf freuen wir uns sehr.

Wir in der IG BCE legen großen Wert auf Geschlossenheit und Zusammenhalt, auf die Einheit unserer Gewerkschaft. Genau damit sind wir erfolgreich – in den Betrieben und in unseren Branchen.

Wir blicken dabei aber natürlich nicht nur auf unseren eigenen Organisationsbereich. Gemeinsam engagieren wir uns im DGB dafür, dass gewerkschaftliche Werte, dass Solidarität und Gerechtigkeit die deutsche Gesellschaft und ihre Politik prägen. Aus diesem Grund freuen wir uns, dass die Gewerkschaftsfamilie mit ihren Spitzen auf unserem Kongress vertreten ist.

Aus dem DGB-Bundesvorstand begrüßen wir zunächst ganz herzlich unseren Kollegen Reiner Hoffmann, den Vorsitzenden des DGB-Bundesvorstandes. (Beifall) Wir freuen uns weiter, dass die stellvertretende Vorsitzende Elke Hannack sowie Annelie Buntenschubert und Stefan Körzell ebenfalls unter uns sind. Das ist wunderbar. Willkommen! (Beifall) Lieber Reiner, Du bist einer von uns. Darauf sind wir stolz. Du kannst Dir sicher sein: Unsere Stimmen auf dem nächsten DGB-Bundeskongress im Mai 2018 sind Dir gewiss. (Beifall)

Ein herzliches Willkommen gilt gleichermaßen den Mitgliedsgewerkschaften. Begrüßt bitte mit mir den ersten Vorsitzenden der IG Metall, Jörg Hofmann, (Beifall) den stellvertretenden Vorsitzenden der Gewerkschaft NGG, Harald Güster, (Beifall) den Vorsitzenden der EVG, Alexander Kirchner, (Beifall) sowie den Vorsitzenden der GdP, Oliver Malchow (Beifall). Wir rufen Euch zu: Auf weiterhin gute Zusammenarbeit! Auch hierfür gilt: GEMEINSCHAFT.MACHT.ZUKUNFT. – Gerne auch Applaus; ja, klar. (Beifall)

Gewerkschaften, Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste, sind ohne Wenn und Aber wesentlicher Bestandteil, quasi Motor der Demokratie. Wir sind freie Zusammenschlüsse von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die die Arbeits- und Lebensverhältnisse in Deutschland mitbestimmen und mitgestalten. Wir schaffen damit gute Zukunftsperspektiven für die Menschen in unserem Land. Genau das ist unser Verständnis von Demokratie und Solidarität, die die Gesellschaft und die Wirtschaft durchdringen. Das ist unser Anspruch – gestern, heute und morgen.

In diesem Sinne verstehen wir uns auch als Partner der Politik. Wir übernehmen Verantwortung, wo andere nur dem Lobbyismus und Eigeninteressen verpflichtet sind. Und wir stehen für den Dialog unter Demokratinnen und Demokraten. Deshalb freue ich mich, heute auch eine Reihe namhafter Vertreter aus den Parteien begrüßen zu können. Wir sind zwar nicht immer einer Meinung, aber wir bleiben stets miteinander im Gespräch, so wie sich das in einer Demokratie gehört.

Gerne hätte ich – das muss ich gleich zu Beginn sagen – stellvertretend als Ersten den Außenminister der Bundesrepublik Deutschland und Vizeminister Sigmar Gabriel begrüßt. Er musste jedoch leider kurzfristig absagen, was er sehr bedauert. Er lässt Euch und Sie ganz, ganz herzlich grüßen, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ein herzliches Glückauf gilt jetzt dem Arbeitsminister des Landes Nordrhein-Westfalen und Vorsitzenden der CDA, Karl-Josef Laumann. Glück auf! (Beifall)

Herzlich willkommen sind uns weiter Stefan Birkner, Vorsitzender der FDP in Niedersachsen, und Klaus Barthel, Bundesvorsitzender der AfA in der SPD. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste, Gewerkschaften stehen immer auch für internationale Solidarität. Gemeinsam ringen wir in Europa um das Recht aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Mitbestimmung und auf freie Gewerkschaften. Gemeinsam ringen wir in Europa um das Recht, Branchen- und Flächentarifverträge auszuhandeln. Und gemeinsam stehen wir ein für eine demokratische und soziale Ord-

nung in Europa. Mit den internationalen Gewerkschaften kämpfen wir für eine sozial gerechte Gestaltung der Weltwirtschaft, für die Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten weltweit und für den Schutz verfolgter Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter rund um den Globus.

Stellvertretend für unsere internationale Delegation begrüße ich herzlich Valter Sanchez, den Generalsekretär unserer internationalen Föderation IndustriALL Global Union, sowie Luc Triangle, den Generalsekretär unserer europäischen Föderation IndustriALL European Trade Union. Herzlich willkommen! (Beifall)

Wir freuen uns sehr, dass heute auch die französische CFDT vertreten ist. Gemeinsam haben wir im vergangenen Jahr ein Abkommen zum gegenseitigen Austausch und zu einer engen Kooperation geschlossen. Das ist ausgesprochen vorbildlich. Wir danken unserem Kollegen Bruno Vannoni dafür, dass er hier den Vorstand der CFDT vertritt. Lieber Bruno, ihr feiert ja exakt in dieser Woche eure Gründung vor 20 Jahren. Dazu gratulieren wir ganz herzlich in tiefer Verbundenheit. (Beifall)

Wir freuen uns sehr, dass auch unsere Kollegen aus der Türkei unter uns sind, insbesondere jene aus der Region Soma, wo bei einem schrecklichen Grubenunglück 2014 mehr als 300 Arbeiter ums Leben kamen. Es gehört für uns Gewerkschaften zur praktischen Solidarität unter Gewerkschaftern, aber natürlich insbesondere auch vor allem unter Bergleuten, in solch dramatischen Situationen zusammenzuhalten. Wir waren und wir sind an Eurer Seite, und wir rufen Euch ein herzliches Glückauf zu. (Beifall)

Sehr geehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Gewerkschaften in eigener Kompetenz und aus eigener Kraft die Arbeitsverhältnisse gestalten wollen, dann brauchen sie verlässliche Partner unter den Arbeitgebern. Das ist leider keineswegs selbstverständlich. In den Branchen der IG BCE aber ist die Kultur der Sozialpartnerschaft weit entwickelt und ein hohes Gut.

Deswegen freuen wir uns, heute auch Repräsentanten der Arbeitgeberverbände zu begrüßen: Kai Beckmann, Präsident des Bundesarbeitgeberverbandes Chemie, (Beifall) Rolf-Michael Müller, Präsident des Bundesverbandes Keramische Industrie, und Dirk Westerheide, Präsident des Gesamtverbandes Kunststoffverarbeitende Industrie. (Beifall) Sie sind uns herzlich willkommen, ebenso wie die zahlreichen Geschäftsführer der übrigen Arbeitgeberverbände.

Sozialpartnerschaft beschränkt sich natürlich nicht nur auf Verbandskontakte, sondern wird und muss vor allem in den Unternehmen gelebt werden. Mit einem herzlichen Glückauf begrüße ich Herrn Bernd Tönjes, den Vorstandsvorsitzenden der RAG AG. (Beifall)

Ein ebenso herzliches Willkommen gilt den Arbeitsdirektorinnen und Arbeitsdirektoren aus unseren Branchen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir freuen uns, dass Ihr bei uns seid. (Beifall)

Unser Dank für ihr Kommen gilt weiter Thomas Köhler, den Sprecher der Geschäftsführung der Berufsgenossenschaft Rohstoffe und chemische Industrie, und Karl Friedrich Jakob, den stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See. (Beifall)

Last, but not least richte ich unseren Dank an die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, die – davon gehen wir aus – über unseren 6. Ordentlichen Gewerkschaftskongress ganz im Sinne unseres Mottos GEMEINSCHAFT.MACHT.ZUKUNFT. berichten werden.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, unser 6. Ordentlicher Kongress findet im Umfeld einer rauen politischen Debatte statt – in der Welt und in Europa, aber auch nach der Bundestagswahl in Deutschland. Gerade deshalb ist es uns wichtig, Zeichen zu setzen – Zeichen dafür, dass wir Demokratie sind.

Gerade deshalb haben wir unsere Eröffnungsveranstaltung insgesamt unter das Thema Demokratie gestellt. Für Gewerkschaften und für unsere IG BCE allemal ist eine stabile Demokratie die entscheidende Voraussetzung, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen in unserem Land sozial und gerecht zu gestalten. Lassen Sie uns gemeinsam für eine offene, tolerante und demokratische Gesellschaft und für eine gute Zukunft eintreten. Glück auf! (Lebhafter Beifall)

## **HATICE AKYÜN**

Vielen herzlichen Dank, Frau Glänzer. – RAG, Glückauf, Knappschaft: Ich fühle mich hier echt heimisch. Das sind alles Worte, die ich aus meiner Kindheit kenne. Mein Gott, Knappschaft! Wie oft habe ich das Wort Knappschaft gehört!

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, schön, dass Sie heute gekommen sind! Sie stecken mitten im Wahlkampf. Als Moderatorin halte ich mich einmal ein bisschen zurück und sage nichts zu dem, was im August dieses Jahres bei Ihnen passiert ist. Aber ich möchte als Feministin etwas sagen. Als wir forderten, dass Frauen mehr Macht in der Politik bekommen sollen, haben wir ganz sicher nicht gemeint, dass eine einzige Frau die Verantwortung für Neuwahlen tragen soll. (Beifall)

Das wollten wir nicht. Irgendwie sagt mir mein politisches Bauchgefühl, dass Ihnen hier im Raum sehr viele die Daumen drücken. (Beifall)

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie den Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen, Stephan Weil.

**STEPHAN WEIL** (Ministerpräsident des Landes Niedersachsen) (mit Beifall begrüßt)

Liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Parlamenten! Herr Oberbürgermeister! Liebe Edi! Lieber Michael! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In Niedersachsen begrüßt man seine Gäste gerne mit einem freundlichen „Moin!“. Ich weiß aber, was sich gehört: Ein herzliches Glück auf den Delegierten des Gewerkschaftstages der IG BCE! Wir freuen uns, dass Ihr da seid. (Beifall)

Hannover, unsere Landeshauptstadt, ist auch der richtige Platz für diesen Kongress. Hier ist der Sitz der Hauptverwaltung der IG BCE. Es gibt eine sehr, sehr lange geschichtliche Verbindung hier in Niedersachsen und in Hannover zu einzelnen Geschäftsbereichen der IG BCE. Es gibt seit vielen Jahren eine eng gepflegte, gute Zusammenarbeit, und – auch das darf man sagen – es gibt eine große Sympathie, die uns miteinander verbindet, die IG BCE, die Landespolitik, sicherlich auch die Kommunalpolitik. Ich kann also sagen: Willkommen zu Hause! Wir freuen uns, dass Ihr wieder Euren Gewerkschaftstag hier bei uns durchführt. (Beifall)

Es ist leider sozusagen ein eklatanter Widerspruch festzustellen zwischen der gefühlten Temperatur unseres Landes, der Betriebstemperatur, und den objektiven Kennzahlen, wenn wir einmal auf die Bundesrepublik Deutschland im Herbst 2017 schauen. Es gibt einen ungebrochenen, ja eher noch wachsenden wirtschaftlichen Erfolg, den wir zur Kenntnis nehmen können – ganz ungewöhnlich deswegen, weil unser Land ja gar nicht einmal so groß ist und auch gar nicht einmal über so viele Rohstoffe verfügt. Wir sind unverändert ein Land mit einer ausgeprägten Innovationsbereitschaft und einer entsprechenden Leistungsbereitschaft. Wir sind aber auch ein Land, das es durchaus ernst meint mit sozialer Gerechtigkeit und in dem die Teilhabe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Grunde genommen zum kleinen Einmaleins gehört oder zumindest gehören soll. Dass wir in Deutschland in Fragen sozialer Gerechtigkeit weiß Gott noch nicht perfekt sind, das wissen gerade Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ganz genau, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Wir sind aber auch – auch dies wiederum im Vergleich mit vielen anderen Ländern auf der Welt – ein Land mit einer ausgeprägten sozialen Stabilität. Es ist mir immer wieder

aufgefallen, wenn ich im Land unterwegs gewesen bin, dass meinen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern dieser Umstand auffällt, dass wir in Deutschland eigentlich ziemlich stabil unterwegs sind.

Das alles kommt ja nicht von ungefähr. Das ist das Ergebnis von einigen richtigen Weichenstellungen, neben dem Engagement von unzähligen Menschen in unserem Land. Das ist unter anderem auch eine Folge des Umstandes, dass die soziale Marktwirtschaft in unserem Land nach wie vor eigentlich nicht nur als Überschrift genutzt werden darf, sondern dass wir miteinander den Anspruch haben: Ja, das muss auch gelebt werden.

Eine soziale Marktwirtschaft ist ohne starke Gewerkschaften wirklich undenkbar; das darf man sagen. Die Gewerkschaften sind in unserem Land unverändert eine Säule der wirtschaftlichen und der sozialen Ordnung. Liebe Freundinnen und liebe Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Gewerkschaften können voller Stolz sagen: Ohne uns wäre Deutschland nicht so erfolgreich. Das ist unser Verdienst. – Herzlichen Dank für diese Arbeit! (Beifall)

Die IG BCE ist dafür ein besonders gutes Beispiel, natürlich genauso gut wie die anderen Einzelgewerkschaften des DGB. Aber ich will schon sagen, dass mir immer wieder auffällt, wie es innerhalb des Geschäftsbereiches der IG BCE gelingt, aus harten Interessengegensätzen wirklich vernünftige Vereinbarungen zu machen und damit auch dazu beizutragen, dass Eure Industrie insgesamt eine Perspektive hat, aber vor allen Dingen auch unter Teilhabe der Beschäftigten. Das ist ein besonders gutes Beispiel für das, was ich meine.

Aber das alleine ist es ja nicht. Ich bin dem Hauptvorstand sehr dankbar, dass er diese Eröffnungsveranstaltung unter das Leitmotiv der Demokratie gesetzt hat. Ja, wir haben leider Gelegenheit, uns mit diesem guten Thema auseinanderzusetzen. Für die IG BCE, für die DGB-Gewerkschaften war immer klar, dass ihr Auftrag nicht am Werkstor endet, dass von Anfang der Gewerkschaftsbewegung an immer auch ein politischer Auftrag bestanden hat.

Wenn wir schauen, wie es im Moment in Deutschland aussieht, dann dürfen wir vielleicht miteinander schon feststellen: Das war schon mal durchaus besser, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben Anlass zur Beunruhigung; lasst mich das mal offen sagen. Zwei Wochen nach der Bundestagswahl, die sicherlich vielen hier im Raum noch in den Klamotten steckt, kann man das deutlich ausdrücken.

Ich bin jetzt 58 Jahre alt. Ich bin von Anfang an in einem Land aufgewachsen, das sich nicht nur durch eine hohe soziale Stabilität, sondern auch durch eine hohe politische Stabilität ausgezeichnet hat. Wenn ich jetzt, im Herbst 2017, auf diese Stabilität schaue, dann darf man sagen: Na ja, wir wollen es nicht übertreiben, aber die Demokratie steht in unserem Land schon auf dem Prüfstand, und sie steht auch unter Druck. Dafür gibt es viele Hinweise. Die Ergebnisse der Bundestagswahl gehören ganz sicher dazu, einschließlich der Wahlanalysen, wer eigentlich warum wie gewählt hat. Das soll man auch nicht kleinreden.

Das ist ein klarer Hinweis an die Politik, wenn ich das so sagen darf, also an meinesgleichen, uns selbstkritisch zu hinterfragen. Wenn die Distanz zwischen Regierenden und Regierten größer geworden ist, dann darf man nicht den Regierten dafür die Verantwortung geben, sondern dann muss man schon vor der eigenen Haustür kehren. Ich habe wirklich den Eindruck: Wir müssen uns selbst fragen, ob wir nicht viel zu oft über die Köpfe von Menschen hinwegreden und ob die Politik in Deutschland nicht sehr viel stärker hinschauen soll, wie wir uns eigentlich ausdrücken und wie wir reden. (Beifall)

Es ist schon angedeutet worden: In Niedersachsen ist der Wahlkampf noch nicht zu Ende. Genau heute in einer Woche, plus zwei Stunden, schließen in Niedersachsen die Wahllokale. Dann sind die Landtagswahlen zu Ende. Ich kann nur als ein kleines Beispiel sagen: Ich mache hervorragende Erfahrungen damit, nicht mehr die typischen

Kundgebungen herkömmlicher Art abzuhalten; ich mache eigentlich nur noch Bürgerversammlungen bei uns in Niedersachsen, weil ich den Eindruck habe: Das ist ein kleiner, aber doch ein guter Beitrag dazu, genau zu diesem Gespräch zurückzukommen, das wir in einer Demokratie dringend miteinander brauchen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein Thema, an dem wir miteinander hart arbeiten müssen. Das ist nach meiner ganz festen Überzeugung auch ein Auftrag aus diesen Wahlen. (Beifall)

Aber es ist sicher auch falsch, wenn wir uns jetzt nur Gedanken machen: Was können eigentlich die Politikerinnen und Politiker anders machen? Es ist doch nicht zu bestreiten, dass maßlose Polemik gegen unsere politische Ordnung und deren Repräsentantinnen und Repräsentanten auch zu diesem Bild dazugehört. Wenn von *der* Lügenpresse die Rede ist, wenn führende Politikerinnen und Politiker in unserem Land als Volksverräter diffamiert werden und damit auch Resonanz finden, dann ist das ein Warnsignal. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die politische Ordnung in unserem Land hat auch Solidarität verdient, und wir müssen ihr diese Solidarität auch gewähren. Das ist meine feste Überzeugung. (Beifall)

Was hilft da? Wenn es nach mir geht, dann ist es eine Art Doppelstrategie. Wir brauchen einen starken Staat, aber wir brauchen vor allen Dingen auch eine starke Gemeinschaft – einen starken Staat, der Bürgerinnen und Bürgern immer wieder das Vertrauen vermittelt, dass er seinen Aufgaben tatsächlich gerecht wird und dass sie sich sicher fühlen können, und zwar nicht nur in Sachen der, sagen wir mal, inneren Sicherheit, womit ja öffentliche Räume gemeint sind, sondern auch der inneren Sicherheit im wahrsten Sinne des Wortes.

Soziale Sicherheit ist der wichtigste Teil der inneren Sicherheit; das ist meine feste Überzeugung.

Aber wir brauchen auch eine starke Gemeinschaft. Warum? Was wir derzeit erleben, ist ja – ich greife den Begriff noch einmal auf – so etwas wie eine verbreitete innere Unsicherheit. Viele Menschen spüren doch zu Recht, dass wir uns in Zeiten grundlegender Veränderungen befinden. Globalisierung, Digitalisierung – das sind natürlich Entwicklungen, die gerade uns in Deutschland große Chancen bieten, aber ganz gewiss auch Risiken und Nebenwirkungen, und das nicht zu knapp.

Und was hilft gegen innere Unsicherheit? Das ist etwas, was, glaube ich, uns alle miteinander verbindet. Je mehr wir uns als Teil einer starken Gemeinschaft fühlen können, desto stärker sind wir auch selbst, desto sicherer sind wir uns auch selbst. Genau deswegen haben Gewerkschaften für die Sicherung unserer demokratischen Ordnung in unserem Land eine so unglaublich wichtige Rolle.

Mitglieder einer erfolgreichen Gewerkschaft können sich sicher sein, dass sie tatsächlich auch Teil von sozialer Absicherung sind, dass sie nicht alleine stehen, dass sie mit vielen anderen gemeinsam ihre Interessen vertreten. Das ist, glaube ich, nicht der geringste Beitrag, den Gewerkschaften dafür leisten können, um die Demokratie in unserem Land abzusichern und immer weiter auszubauen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Michael Vassiliadis hat kürzlich in einem Interview, wie ich finde, den sehr richtigen Zusammenhang zwischen dem Thema der Tarifbindung und der Sicherheit hergestellt. Ja, das ist doch wahr: Natürlich, wenn ich als Beschäftigter auf der Basis von wirksamer Verhandlungsmacht der Arbeitnehmerseite auch von einem Tarifvertrag profitiere, dann kann ich mich anders fühlen, als wenn ich individualisiert bin, als wenn ich mehr oder weniger eben auch den Bedingungen ausgeliefert bin, wie sie mir der Arbeitsmarkt nun einmal bietet. Deswegen glaube ich, dass eine Gewerkschaft wie die IG BCE allemal auf der richtigen Seite unterwegs ist.

Es gibt übrigens auch ein Gegenbeispiel – natürlich nicht im Geschäftsbericht der IG BCE; das versteht sich von selbst –, aber wenn wir in Deutschland über einen Pflegenotstand insbesondere bei den älteren Menschen sprechen, über Bezahlung, die

schlichtweg nicht angemessen ist für diesen Beruf und die auch nicht geeignet ist, junge Menschen für einen solchen Beruf zu begeistern, dann ist das auch ein Beispiel für die Folgen, die eine zu geringe gewerkschaftliche Organisation und vor allen Dingen eine nicht vorhandene Tarifbindung in einem wichtigen Bereich unserer Wirtschaft mit sich bringen können. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Tarifbindung ist nicht nur wichtig für die unmittelbar Betroffenen. Tarifbindung ist auch ein entscheidender Faktor für die soziale Sicherheit in unserem Land insgesamt, und deshalb müssen wir daran festhalten. (Lebhafter Beifall)

Mir fällt in diesen Tagen – das will ich abschließend sagen – immer wieder ein Wort von Willy Brandt ein, geschrieben in seinem berühmten Abschiedsbrief 1992, also vor einem Vierteljahrhundert. Es könnte, glaube ich, eigentlich auch heute geschrieben sein. Willy Brandt schreibt dort: Unsere Zeit steckt, wie kaum eine andere zuvor, voller Möglichkeiten – zum Guten und Bösen. – Das stimmt heute mehr denn je.

Und er fährt fort: Nichts kommt von selbst. Darum – besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.

Das ist vielleicht nicht das schlechteste Motto für diesen Gewerkschaftstag der IG BCE. Ich wünsche Euch einen guten Verlauf Eures Gewerkschaftstages. Glück auf! Herzlich willkommen in Hannover und in Niedersachsen! (Lebhafter Beifall)

### **HATICE AKYÜN**

Vielen herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident, für diese leidenschaftliche Rede, für die starken Worte, aber vor allen Dingen dafür, dass Sie Punkte angesprochen haben, von denen wir eigentlich gedacht haben, dass sie selbstverständlich sind in diesen Zeiten. Aber offensichtlich sind sie nicht selbstverständlich, und umso mehr geht es um die Gemeinschaft, dass diese Gemeinschaft eben dafür sorgt, dass wir zurück zu unseren demokratischen Werten kommen.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir, dass ich unseren nächsten Gast etwas unkonventioneller vorstelle. Schließlich ist er auch unkonventionell. Ich möchte ihn gerne mit seinem Twitter-Profil vorstellen. Dort steht Privates, Politisches, Sportliches, Künstlerisches und Hannoversches. Gehen Sie mal auf seinen Twitter-Account. Ich meine einen Oberbürgermeister, der vom Konzert der Rolling Stones twittert.

Herr Oberbürgermeister, können Sie Ihren Kollegen in anderen Städten, zum Beispiel Berlin, nicht mal so im Hinterzimmer erklären, wie man als Oberbürgermeister Politik machen kann und auch cool sein kann? Ich glaube, da besteht so ein bisschen Nachholbedarf bei einigen Oberbürgermeistern.

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir den coolsten Oberbürgermeister, zumindest auf Twitter. Herzlich willkommen, Stefan Schostok! (Beifall)

### **STEFAN SCHOSTOK (Oberbürgermeister der Stadt Hannover)**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Erwartung kann man eigentlich gar nicht erfüllen. Deswegen fange ich ganz konventionell an.

Lieber Herr Ministerpräsident, lieber Stephan Weil! Sehr geehrter Michael Vassiliadis! Liebe Edeltraud Glänzer! Liebe Vorsitzende der Gewerkschaften! Lieber Vorsitzender des DGB! Liebe hannoversche Abgeordnete Yasmin Fahimi, herzlichen Glückwunsch zur Wahl in den Deutschen Bundestag! (Lebhafter Beifall) Und dann steht dieser Gewerkschaftskongress auch unter einem besonders guten Stern, weil der Stadtsuperintendent, mein Freund Martin Heinemann, auch da ist. Herzlich willkommen beim IG-BCE-Kongress! (Beifall)

Ich freue mich sehr, dass der 6. Ordentliche Kongress der IG BCE unter dem Motto „Gemeinschaft.Macht.Zukunft.“ startet, und ich möchte Sie alle auch ganz herzlich begrüßen. Unsere Stadt ist ausgesprochen stolz darauf, ein Gewerkschaftsstandort mit einer sehr langen Geschichte zu sein, mit einer Tradition, die weit in das 19. Jahrhundert zurückreicht.

Bereits 1866 wurde der Allgemeine Hannoversche Zigarrenarbeiterverein als erste gewerkschaftliche Vereinigung hier in Hannover ins Leben gerufen. Ein kleines Raunen geht immer durch den Saal, wenn man von Zigarren erzählt. 1868 folgte die Vulkan-Union als Gewerkschaft der Metallarbeiter in Hannover und Linden, und ausgehend von einer Initiative der hannoverschen Gummiarbeiter, wurde schließlich 1890 ein Kongress aller nicht gewerblichen Arbeiter Deutschlands nach Hannover einberufen. Dieser führte dann zur Gründung des Verbands der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Und dieser Vorläufer der späteren Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik wählte Hannover dann auch zu seinem Standort.

Als sichtbarstes Symbol für die gewerkschaftliche Tradition in Hannover wurde das erste Gewerkschaftshaus in Deutschland in Hannover gebaut, jener beeindruckende Gebäudekomplex zwischen Goseriede und Odeonstraße. In diesem hatte nicht nur das Bezirks- und Ortsvereinssekretariat der SPD seinen Sitz, sondern – viele wissen das gar nicht – hier befanden sich auch die Hauptverwaltung des Fabrikarbeiterverbandes, der Ortsausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und vieler weiterer Gewerkschaftsorganisationen. Das ist eine wirklich tolle Gründungsgeschichte, auch hier in Hannover.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten stürmte am 1. April 1933 die SS diesen Gebäudekomplex und auch das mittlerweile damals vom Fabrikarbeiterverband bezogene Gebäude in der Rathenaustraße 3. Mitte Mai war dann die Nationalsozialistische Deutsche Arbeitsfront neuer Besitzer. Die grausame Verfolgung und Ermordung vieler engagierter Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter begann in diesen Tagen. Nie wieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, darf sich diese Geschichte wiederholen. Dafür müssen wir heute offenbar wieder lauter und auch entschiedener kämpfen. (Lebhafter Beifall)

Dafür müssen wir aber auch manchmal zurückblicken, um uns eben wieder zu vergewissern, wohin uns der Weg in unserer Gesellschaft, in unserer Demokratie – Stephan Weil hat das gesagt – führen soll.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gelang es Hannover, an die Tradition als Gewerkschaftsstandort wieder anzuknüpfen. Hannover ist heute gleichsam zur Heimat für mehrere große Gewerkschaften geworden. Und diese Heimat hat Geschichte, aber sie hat eben auch Zukunft. Darauf sind wir zu recht auch sehr stolz.

In den 127 Jahren nach Gründung des Fabrikarbeiterverbandes hat sich die Welt in einem wirklich atemberaubenden Tempo verändert, vieles zum Guten. Wir leben heute in einer demokratischen Gesellschaft. Darauf können wir ausgesprochen stolz sein und den Gewerkschaften auch sehr dankbar dafür sein, dass sie das immer wieder neu erkämpft haben. (Beifall)

Doch einige Forderungen sind nach wie vor aktuell, und sie werden die Arbeit einer der größten deutschen Einzelgewerkschaften, nämlich der IG BCE, auch in Zukunft prägen; da bin ich mir ganz sicher. Gute Arbeit, auch im Wandel der Arbeit, faire Bezahlung, Tarifverträge – Herr Ministerpräsident hat auf den Wert von solchen Verträgen hingewiesen –, die Mitbestimmung und die gerechte Verteilung des wirtschaftlichen Wohlstandes bleiben tagesaktuelle Themen.

Gerade deshalb ist es wichtig, sich der Geschichte und der in harten Kämpfen bereits erreichten Ziele der Gewerkschaften immer wieder aufs Neue zu vergewissern und das auch unseren Nachfolgerinnen und Nachfolgern immer wieder deutlich zu machen, wie hart die erkämpft worden sind. Vor allem gerade in den heute wahrhaft stürmischen

Zeiten, die eben auch an den Grundfesten unserer Demokratie zu rütteln drohen, sollten wir wissen: Heute stehen wir vor gewaltigen Herausforderungen, vor Umbrüchen, die mit denen des 19. Jahrhunderts durchaus vergleichbar sind. Das sage ich bewusst.

Digitalisierung und Globalisierung verändern die Arbeitswelt gewaltig. Wenn Menschen daher auf der Suche nach Orientierung sind, wenn sie nach Zusammenhalt und vor allen Dingen nach Anerkennung suchen, wie Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier das in seiner wirklich bedeutenden Rede zum 3. Oktober ausführte, dann verstehen sich – und da bin ich mir sicher – auch die Gewerkschaften an dieser Stelle in gesellschaftlicher Verantwortung.

Ich habe mir im Vorfeld des Kongresses die Anzahl der Anträge etwas genauer angeschaut. Die werden Sie und die werdet Ihr ja hier behandeln. Sie scheinen geradezu ein Abbild auch dieser Themen zu sein, die Menschen in diesem Lande auch beschäftigen, die sie bewegen, was ihnen mitunter auch Sorgen und zum Teil sogar auch Ängste bereitet. Mit rund 75 Anträgen nehmen sozialpolitische Themen den Hauptteil der Anträge ein. Es geht um Altersvorsorge, es geht um Zukunft der Rente, es geht um unser Gesundheitssystem, es geht um die Pflege.

Rund 61 Anträge behandeln unter anderem Themen zur Globalisierung, zur Digitalisierung, Industrie 4.0. 34 Anträge setzen sich mit Populismus, mit dem Thema der Gleichstellung im Positiven, mit der Herausforderung durch die Flüchtlinge auseinander, und 22 Anträge fragen nach einer zukunftsorientierten Bildungspolitik in unserer Republik.

Ich habe mal gelernt, dass es bei den Politikern im Bundestag diesen schönen geflügelten Spruch gibt. Diese sagen: „Machen wir uns mal ehrlich.“ Ich habe den immer nicht so richtig verstanden; denn Abgeordnete müssen doch immer ehrlich sein. Aber die sagen: „Machen wir uns mal ehrlich.“ Damit werden viele Reden eingeleitet. Machen wir das doch auch mal. Für alle diese Themen wird es auf diesem Kongress am Ende wahrscheinlich keine einfachen Antworten geben. Auch das wird Euch oder Ihnen nicht gelingen. Schnelle Lösungen zu versprechen, wäre falsch an dieser Stelle.

Doch es ist wichtig, dass diese Positionen, dass diese Anträge auch breit und kontrovers diskutiert werden. Und es ist richtig, die Sorgen, die dahinter sichtbar werden, aufzugreifen und zu sagen: Wir suchen gemeinsam nach einer Lösung in Deutschland. Denn es geht bei der Gestaltung der Globalisierung und der Digitalisierung um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Es geht um die Menschen. Es geht darum, dass mit dieser Entwicklung Lebenschancen für möglichst viele vielleicht auch verbessert werden. Es darf auf keinen Fall so sein, dass nur wenige in den Genuss der Vorteile gelangen und dass sich viele angehängt fühlen. Das ist eine ernste Sorge, die es in Deutschland gibt. Dem stellt sich die Gewerkschaft IG BCE. (Beifall)

Ich sage das als Oberbürgermeister, aber auch als einfaches zahlendes Mitglied der IG BCE, dass Sie sich nicht wundern, warum ein solches Bekenntnis zu einer Gewerkschaft. Aber ich bin mir sicher: Die IG BCE – so kenne ich sie – versteht sich als Heimat für alle, die konstruktiv, zukunftsorientiert und durchaus auch machtbewusst diese neue Arbeitswelt mitgestalten wollen und dabei den Menschen als Maß dieser Dinge im Auge hat. Ich bin sicher, dass auch dieser Kongress zeigen wird, die IG BCE lässt die Menschen mit ihren Zukunftsängsten und Sorgen nicht allein. Ich halte es sogar für dringend erforderlich und freue mich, wenn das in diese Richtung auch abgearbeitet wird. Schon gar nicht überlässt diese Gewerkschaft die Antworten auf unsere Zukunftsfragen den rechten Vereinfachern und Populisten. Das sollte man auf keinen Fall tun. (Beifall)

Damit nicht der Eindruck entsteht, nur weil ich heute bei der IG BCE bin, redet man dann und überträgt die Verantwortung auf die IG BCE. Jeder sollte das für sich überlegen als Unternehmenslenker und -führer oder auch als jemand, der einer Verwaltung voransteht, der Verantwortung auch für eine Stadt hat. Das tun viele von Ihnen unter uns. Auch wir in unserer Verwaltung arbeiten genau an diesem Thema im Rahmen

eines Verwaltungsentwicklungsprogramms. Auch wenn das nüchtern klingt; aber diese Digitalisierung ist dort als festes Thema verankert.

Wir haben in diesem Jahr begonnen mit einer digitalen Agenda Hannover. Dahinter steckt nicht nur, sich zu öffnen, sondern auch als Verwaltung deutlich zu machen, dass wir mit der Kreativwirtschaft, mit der Digitalisierungswirtschaft, mit Industrie, mit Dienstleistungen, mit Handel gemeinsam nach Strategien auch für den Standort Hannover suchen, dass wir natürlich die Kreativ- und Start-up-Szene dabei mit aufnehmen und wir uns auch ihr gegenüber öffnen, dass wir mit den Hochschulen und der Wissenschaft an diesem Thema arbeiten, gemeinsam auch an diesem Standort. Wir werden eben nicht, wie man denkt, bei einer Verwaltungsentwicklungsprogrammatur nur über verbesserte E-Government-Instrumente reden. Darum kann es doch nicht gehen. Vielmehr geht es darum, alle Felder städtischen Handelns ins Blickfeld zu nehmen. Da fühlen wir uns in der Verantwortung, mit Unternehmen an diesem Standort, mit Wissenschaft an diesem Standort Beispiele dafür zu entwickeln, wie man menschen- und arbeitnehmerorientiert solche Fragen angeht.

Da geht es nicht nur um ein breites W-LAN-Angebot, um Open Data, dass diese Daten auch in einer Stadt allen zur Verfügung gestellt werden. Da geht es auch nicht darum, in Alten- und Pflegezentren Roboter einziehen zu lassen. Keine Sorge, darum kann es nicht gehen. Vielmehr geht es darum, den Arbeitsalltag der Beschäftigten und auch der Patientinnen und Patienten zu verbessern, um so eben auch einen menschenorientierten Blick zu haben und nicht zu schauen: Wo kann man effizienter Profit machen. Vielmehr geht es um menschenwürdige Arbeitsplätze und um menschenwürdige Pflege.

Es geht aber auch um bauliche Investitionen, damit man, wenn man über so etwas redet, auch die Internet- und Medienkompetenz unserer Jüngsten im Blick hat. In den Schulen und in den Kitas fängt das heute zum Teil schon an. Es geht um jede Form der beruflichen Qualifikation auch in der Perspektive, deswegen auch Medienentwicklungspläne zu entwickeln. Das ist ganz bedeutsam.

Alle diese Schritte Richtung intelligente Stadt werden bei uns – und das ist nicht nur ein Bekenntnis, sondern Praxis – verwaltungsintern mit den Beschäftigten, mit der Personalvertretung abgestimmt. So gehört sich das; so versteht man heute auch Mitbestimmung in den Verwaltungen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Das wollte ich noch einmal zum Besten geben; ich wollte nicht nur auf dem Gewerkschaftskongress wohlfeil reden, sondern auch in der eigenen Hütte ordentlich arbeiten. Das gehört für eine Stadt mit dazu, die sich eben auch als eine Stadt der Guten Arbeit versteht. Wir müssen beim Einsatz neuer Technologien auch über die Auswirkungen auf die Arbeit, auf die Demokratie, auf die Gesellschaft und vor allem auf den Einzelnen diskutieren. So macht dann Gemeinschaft Zukunft.

Ich wünsche Ihnen und Euch für den Kongress alles Gute. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. Glück auf! (Beifall)

## **HATICE AKYÜN**

Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. – Ich werde später einmal schauen, was Sie über diesen Tag und über den Kongress twittern.

Jetzt habe ich als Moderatorin eine Aufgabe, die eigentlich normal ist. Ich muss jetzt nämlich Zeit überbrücken; denn hinter mir passiert gleich etwas. Wie überbrückt man Zeit? Man erzählt eine Geschichte. Wissen Sie eigentlich, was das zweite deutsche Wort war, das ich als kleines Türkenmädchen in Duisburg gelernt habe? – Glück auf! Jetzt wollen Sie wahrscheinlich wissen, was das erste deutsche Wort war, das ich gelernt habe: Rotzlöffel. (Heiterkeit) „Rotzlöffel!“ schrie mir nämlich unsere Nachbarin Anni hinterher, als ich bei ihr im Garten Stachelbeeren geklaut habe. – Jetzt habe ich schon einmal die Hälfte der Zeit überbrückt. Hinter uns, hinter mir, vor Ihnen passiert etwas.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen jetzt ein ganz besonderes Projekt vorstellen, das wirklich ein Unikat ist, eine Uraufführung. Es ist eine Idee der IG BCE gewesen, die eigens für diesen Anlass hier heute entstanden ist. Monatelang haben alle Beteiligten eng zusammengearbeitet, damit genau das herauskommt, was Sie gleich hören und sehen werden.

Lassen Sie mich vorab noch diejenigen erwähnen, die an diesem Projekt maßgeblich mitgewirkt haben. Musik und Text stammen von Peter Autschbach. Terminal A und ein Streichquartett sind für die Musik verantwortlich. Samira Saygili und Sabine Kühlich verleihen dem Lied ihre Stimmen. Und jetzt kommt es: Das I-Tüpfelchen sind Mitglieder des Ruhrkohle-Chors und der Kinderchor Krupp-Kids aus meiner Heimatstadt Duisburg. (Beifall)

Von der Idee bis zum fertigen Song hat es acht Monate gedauert. Die Mühe hat sich wirklich gelohnt; denn ich durfte den Song schon vorab hören. Es ist nicht irgendein x-beliebiges Lied geworden. Das ist ein Lied, das sowohl Inhalt als auch Emotionen transportiert, also auch ein bisschen wie eine Gewerkschaft: Inhalt und Emotionen. Das Lied ist nicht für alte Menschen, es ist nicht für junge Menschen. Es ist ein Lied für *alle* geworden – für alle mit der Perspektive Zukunft. Niemand – das ist bei der Gewerkschaft klar – wurde uniformiert. Aber trotzdem ist es eine Einheit geworden. Ich verspreche Ihnen, dass Sie zutiefst berührt sein werden. Mir fällt jetzt nichts mehr ein. (Beifall) Genau: Applaus! Aber eines kann ich noch sagen: Ich glaube, wir alle werden gleich mit dabei sein, wenn eine neue Hymne der Gewerkschaft geboren wird. Meine Damen und Herren, begrüßen Sie alle Akteure, Musiker, Sänger! Einen herzlichen Applaus für das Lied „Wir sind Demokratie“. Viel Spaß! (Beifall)

(Songprojekt: „Wir sind Demokratie“ – Starker, lang anhaltender Beifall –  
Stehende Ovationen)

## **HATICE AKYÜN**

Habe ich zu viel versprochen? – Ich habe das Lied nicht mehr aus meinem Ohr bekommen, als ich es zum ersten Mal gehört habe. Es ist so ein schönes, liebliches, herzerwärmendes Lied geworden. Man kann eigentlich bei jedem Satz immer nur sagen: Ja, das ist genau das, was wir brauchen, damit unsere Welt gut wird, und genau das auch, und Gerechtigkeit und Freiheit. Das alles sind die Dinge, die wir, wie ich schon gesagt habe, für selbstverständlich erachtet haben. Dieser Song macht klar, wie wichtig gerade jetzt Werte wie Gerechtigkeit, Freiheit, Solidarität, Toleranz und Gleichheit sind. Ich habe ein bisschen das Gefühl, dass uns gerade diese Werte ein bisschen abhandenkommen. Wir müssen uns wirklich jedes Mal klarmachen, dass diese Werte in diesen Zeiten nicht selbstverständlich sind, auch wenn es eigentlich so sein sollte; denn das Wir ist noch wichtiger geworden.

Vielen Dank an Peter Autschbach für den berührenden Text und die Musik. Danke den Sängerinnen Samira Saygili und Sabine Kühlich, die mit ihren Stimmen dem Song zwei unterschiedliche Stimmfarben verliehen haben. Danke an die Band Terminal A und das Streichquartett. Ein ganz großer Dank geht an den Ruhrkohle-Chor und den zauberhaften Kindern aus dem Kinderchor Krupp-Kids aus Duisburg. Vielen Dank! (Beifall)

Ich habe den Song jetzt einige Male gehört. Ich glaube wirklich, er taugt zu einer Gewerkschaftshymne. – Das finde ich zumindest.

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie nun Ihren Vorsitzenden, den Vorsitzenden der IG BCE, Michael Vassiliadis. (Beifall)

## **MICHAEL VASSILIADIS** (Vorsitzender der IG BCE) (mit Beifall begrüßt)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Gäste! Auch von mir ein ganz herzliches Willkommen, ein ganz herzliches Glückauf auf unserem Gewerkschaftskongress.

Sicherlich geht es Ihnen und Euch ähnlich wie mir selbst: Der Refrain dieses schönen Songs, den wir gerade gehört haben, hallt nach, nicht nur in den Ohren, sondern auch in der Seele. „Die Gemeinschaft sind wir alle. Wir sind Demokratie.“ In diesen beiden kurzen Zeilen kommt viel von dem zum Ausdruck, wie wir uns in der IG BCE verstehen und welche Werte die Grundlage unserer Gewerkschaft sind.

In unserer IG BCE sind 640.000 Menschen zu Hause, Frauen, Männer, Jüngere, Ältere, mit unterschiedlicher parteipolitischer Überzeugung, Weltanschauung oder Religion, frei in ihrer sexuellen Orientierung, behinderte Kolleginnen und Kollegen, Beschäftigte mit der ganzen Breite an Ausbildungen und Berufen, aus kleinen wie aus großen Betrieben, aus allen Regionen und Menschen aus 99 Nationen.

Was bei uns keinen Platz hat, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, sind Chauvinismus, Rassismus, Spaltung und Ausgrenzung. (Beifall) Und was bei uns auch keinen Platz hat, ist jede Art von Extremismus, sei es politischer, religiöser oder rassistischer Art. (Beifall) Denn dies alles, liebe Kolleginnen und Kollegen, widerspricht den Grundwerten, für die wir so lange kämpfen mussten. In diesen Zeiten ist es besonders wichtig, dass wir diese Werte offensiv vertreten.

Unsere Freiheit war für uns immer mit der Demokratie verbunden. Die Arbeiterbewegung hat deshalb den Rechtsstaat und die Demokratie der Weimarer Republik mit erkämpft; denn, Kolleginnen und Kollegen, für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich ihre Freiheit weder kaufen können noch sie aus vererbten Rechten erhalten, bedeutet die Demokratie immer Emanzipation und Teilhabe.

Für die Gleichheit haben wir lange gestritten und tun das im Übrigen bis heute, zum Beispiel in dem fortlaufenden Kampf gegen die Diskriminierung von Frauen, Migranten und Behinderten oder gegen soziale Ungleichheit in unserer Gesellschaft. Und für die Solidarität braucht eine soziale Gesellschaft, braucht ein demokratischer Staat freie Gewerkschaften; denn nur so können die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kontinuierlich verbessert werden, und das Generation für Generation.

Freiheit und Demokratie, Gleichheit und Solidarität – das ist unser Wesenskern. Dafür kämpfen wir seit 127 Jahren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Eine Gemeinschaft wie die unsere, in dieser Vielfalt und mit diesen Grundwerten, kann gar nicht anders, als auch selbst durch und durch demokratisch organisiert zu sein, im Respekt voreinander, in Achtung vor Argumenten, in Wertschätzung gemeinsamer Prinzipien.

Wir haben in unserer IG BCE eine demokratische Kultur, auf die wir sehr stolz sind. Unser Prozess der Meinungsbildung zum Beispiel beginnt direkt bei den Mitgliedern in den Betrieben, in unseren Ortsgruppen und in den Vertrauensleutegremien. Er führt über Bezirke und Regionen bis hierher zu unserem zentralen Gewerkschaftskongress, alles nach den besten Regeln der Demokratie. Und das, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, funktioniert so gut, wie man es sich nur wünschen kann, so gut, dass all diese unterschiedlichen Menschen, die ja freiwillig bei uns sind, sich mit ihrer Gewerkschaft identifizieren, ja so gut, dass – das halten wir für sehr wichtig –, dass sie sich bei uns zu Hause fühlen können.

Demokratie ist für uns und für die IG BCE kein abstrakter Begriff aus der Politikwissenschaft oder Soziologie. Darunter verstehen wir auch nicht nur Parlamentarismus oder Gremienarbeit. Wir sind Demokratie, und Demokratie muss die gesamte Gesellschaft durchdringen. Aus dieser Haltung wollen und fordern wir natürlich ein Mehr an Demokratie, im Parlament, im Betrieb und vor Ort im Alltag. Aber all denen, die unsere Demokratie geringschätzen, begegnen wir entschlossen und konsequent.

Wir stehen dafür ein, dass wir unsere Demokratie wertschätzen und verteidigen. Wir stehen dafür ein, dass Demokratie und Rechtsstaat für alle hier lebenden Menschen Gültigkeit, aber auch Verbindlichkeit haben. Aus den Erfahrungen der Weimarer Republik, die von Extremisten und Demokratiefreunden von rechts wie links bekämpft wur-

de, hat unsere heutige demokratische Gesellschaft gelernt. Wir verstehen uns als wehrhafte Demokratie. Und eine wehrhafte Demokratie muss zwei Dinge ausbalancieren: möglichst viel Freiheit zu gewähren und sie gleichzeitig dort zu begrenzen, wo demokratische Freiheit missbraucht wird und dem politischen oder auch religiösen Extremismus zu viel Raum gegeben wird.

Dafür, dass die Demokratie unter Druck steht, gibt es leider viele Belege, national wie international. Gerade erst sind mit der Bundestagswahl 94 Abgeordnete für die AfD in das Parlament gekommen, die zum Teil rechtsextreme Positionen vertreten. Damit erreicht nun auch unsere Volksvertretung eine Entwicklung, die wir in anderen Ländern schon länger beobachten können: das Wiedererstarken der politischen Kräfte am äußersten rechten Rand.

Diese Entwicklung geht schon seit Längerem einher mit einer breiteren Polarisierung in unserer Gesellschaft. Es gibt gezielte Angriffe auf Flüchtlinge, Gewalttaten gegen Wohnunterkünfte von Asylbewerbern, eingeschlagene Scheiben von Bürgerbüros und Parteihäusern, Drohungen gegenüber Politikerinnen und Politikern sowie Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern. Gefördert und begleitet wird das durch eine enthemmte, verrohete Sprache, durch zügellose Hetze besonders in den sogenannten sozialen Netzwerken.

Ähnliche Angriffe auf die demokratische Kultur lassen sich auch in unseren europäischen Nachbarschaften beobachten: in Ungarn, in Polen, in Österreich und in Frankreich. Immer verbünden sich Rechtspopulismus und nationaler Chauvinismus zu einem zerstörerischen Gebräu. In Großbritannien etwa haben nationalistische Kräfte, müde Demokraten und zynisch taktierende Politiker ihr Land aus der Europäischen Union katapultiert. In der mächtigsten Demokratie der Welt regiert mit Donald Trump ein Präsident, der immer wieder seinen fehlenden Respekt vor der politischen Kultur seines eigenen Landes nachlesbar macht.

Ich befürchte: Der Einzug der AfD in den Bundestag wird den politischen Diskurs in Deutschland weiter verschärfen. Er wird radikaler und unappetitlicher werden. Schon heute sind die verbalen Provokationen der AfD so zahllos wie abstoßend. Das ist weder Zufall noch ein gelegentlicher politischer Unfall. Das hat Methode. Sie benutzen Sprache als Waffe. Sie wollen die Grenzen des Sagbaren verschieben, und sie wollen damit auch die Grenzen des Denkbaren neu justieren. Die Gefahr, die davon ausgeht, darf man nicht unterschätzen. Die Kultur des Hasses beginnt nicht erst damit, dass Gewalt zum Mittel gesellschaftlicher Auseinandersetzung wird. Sie beginnt mit der Sprache, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir wollen und werden helfen, der Mehrheit in diesem Lande, die für Demokratie, eine offene Gesellschaft und ein solidarisches Miteinander stehen, eine laute Stimme zu geben. (Beifall)

Der jüdische Schriftsteller Victor Klemperer hat das im Dritten Reich erlebt und wie folgt beschrieben:

Worte können wie winzige Arsendosen sein: Sie werden unbemerkt verschluckt; sie scheinen keine Wirkung zu tun – und nach einiger Zeit ist die Giftwirkung doch da.

Die Auswirkungen einer solchen schleichenden Vergiftung sind auch heute tatsächlich bereits sichtbar: in vielen Formulierungen von Zeitungen, in Talkshows, in Gesprächen am Stammtisch. Es ist eine gemeinsame Verantwortung aller Demokratinnen und Demokraten, dieser schleichenden Vergiftung unserer politischen Kultur entgegenzuwirken, und zwar überall da, liebe Kolleginnen und Kollegen, wo sie uns begegnet: im Bekanntenkreis, im Betrieb oder auch am Stammtisch.

Wehren müssen wir uns auch, wenn die Grenze verwischt werden soll zwischen dem, was Fakt und dem, was Lüge ist. Wenn dem politischen Diskurs der gemeinsame Boden entzogen werden soll, auf dem man sich auseinandersetzen kann, dann bricht die

Demokratie auseinander. Demokratie lebt davon, dass jeder ein Recht auf eine eigene Meinung hat, aber nicht auf seine eigenen Fakten.

Im Weißen Haus hat man für das Verbreiten von Lügen das Wortungetüm der „alternativen Fakten“ geschaffen. Wenn sich aber Politik nicht mehr an Fakten orientiert, sondern sich die Fakten an der Politik orientieren sollen, dann ist das die Petrischale, in der ideologischer Fundamentalismus und politischer Extremismus gedeihen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

In einer Gesellschaft, in der sich alle in ihre eigenen Echokammern einsperren und sich in ihren eigenen geistigen Schützengräben verschanzen, ist auch kein echter Interessenausgleich mehr möglich, sondern nur noch der Kampf der Ideologien. Politische Lösungen können dann auch nur noch autoritär, von oben herab, den Menschen aufgezwungen werden. Genauso eine Gesellschaft, liebe Kolleginnen und Kollegen, wollen die neuen und die alten Rechten. Genauso eine Gesellschaft, liebe Kolleginnen und Kollegen, wollen wir nicht. (Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, von Beginn an war der Kampf der Gewerkschaftsbewegung immer auch ein Kampf um Demokratie, ein Kampf um gleiche Rechte, ein Kampf um Mitgestaltung und Mitbestimmung, ein Kampf um faire Teilhabe in Politik, Gesellschaft und in der Arbeitswelt sowieso. Schon die mutigen Frauen und Männer, die zu Beginn der Industrialisierung die Gewerkschaftsidee entwickelt haben, wussten, was heute noch gilt: Freiheit und Selbstbestimmung für den Einzelnen kann es nur in einer Gesellschaft geben, in der ökonomische und politische Macht demokratisch legitimiert und begrenzt wird.

Gewerkschaften brauchen Demokratie. Gewerkschaften brauchen die offene Gesellschaft als ihren Wirkungsraum. Es hat noch nie freie Gewerkschaften in unfreien Gesellschaften gegeben. Das haben wir in unserer Geschichte immer wieder leidvoll erfahren müssen. Das Kaiserreich unterdrückte die Gewerkschaften mit dem Sozialistengesetz. Die Nationalsozialisten zerschlugen nach der Machtergreifung als Erstes die Gewerkschaften. Auch in den Staaten des Ostblocks war die Mitgliedschaft in Gewerkschaften nie ein Recht, sondern immer Pflicht. Ihre Aufgabe war Pflichterfüllung gegenüber dem Regime, weil dort kollektive Organisationen ein Herrschaftsinstrument waren und nicht ein Instrument, den Einzelnen zu emanzipieren.

Es gibt in unserer Geschichte einen ganz eindeutigen Zusammenhang: Die Feinde der Demokratie sind immer auch die Feinde der Gewerkschaften. Aber umgekehrt gilt: Wer Gewerkschaften ablehnt und bekämpft, bekämpft zugleich auch die Demokratie.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, bei allen Problemen ist Deutschland heute dennoch eine Demokratie mit hoher Ausstrahlungskraft in der ganzen Welt. Aber es reicht nicht aus, allein den Staat demokratisch zu organisieren. Die gesamte Gesellschaft muss auf einer demokratischen Kultur gründen.

Es ist eben nicht genug, nur formale demokratische Spielregeln zu etablieren. Eine nachhaltige Demokratie muss nicht nur gleiche Rechte sichern, sondern auch gleiche Teilhabe ermöglichen, so wie es in Artikel 20 unserer Verfassung auch formuliert ist: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ Die Verwirklichung dieses Ziels ist allerdings nicht allein Aufgabe des Staates. Er wäre damit allein überfordert. In einer marktwirtschaftlich verfassten Gesellschaft wird über Macht, Wohlstand, Teilhabegerechtigkeit und die individuelle Freiheit maßgeblich dort mitentschieden, wo die ökonomischen Grundlagen dieser Gesellschaft geschaffen werden: in den Unternehmen, in den Betrieben.

Darum ist es für eine vitale Demokratie unerlässlich, dass ihre Prinzipien und ihr Wirkungskreis nicht am Werkstor enden. (Beifall) Koalitionsfreiheit, Tarifautonomie, Unternehmensmitbestimmung und betriebliche Mitbestimmung – nach unserem Demokratieverständnis gehören diese Begriffe genauso in den Kanon demokratischer Rechte unserer Gesellschaft wie die Meinungs- und Pressefreiheit. Sie zu stärken muss darum

im Interesse jedes Demokraten und jeder Demokratin sein. Aber auch hier gilt: Demokratie lebt vom Mitmachen. Darum ist die demokratische Kultur in unserem Land von rückläufiger Gewerkschaftsmitgliedschaft genauso bedroht wie von Arbeitgebern, die sich der Tarifbindung entziehen und die Gründung von Betriebsräten verhindern. (Beifall)

Wir erwarten, dass es auch die Arbeitgeberverbände als ihre politische Verantwortung verstehen, die soziale Verwurzelung unserer Demokratie in der Arbeitswelt zu erhalten und zu revitalisieren. Gewerkschaften und die Verbände der Arbeitgeber stehen unter dem besonderen Schutz des Artikels 9 unserer Verfassung. Diese privilegierte Rolle muss sich aber im Alltag bewähren und auch rechtfertigen. Der Geist der Sozialpartnerschaft ist von fundamentaler Bedeutung für die demokratische Verfassung unseres Landes. Das gilt es zu verstehen, und das gilt es wertzuschätzen. Eine nach dem Prinzip des Wettbewerbs aufgebaute Wirtschaftsordnung benötigt als Gegengewicht das Prinzip demokratisch organisierter Solidarität. Sonst wird aus fairem Wettbewerb zerstörerische Konkurrenz.

Die IG BCE erwartet von der Politik und von den Arbeitgebern, dass das deutsche Modell einer sozialen Wirtschaft gestärkt wird. Daran sind wir jederzeit bereit mitzuwirken. Dieses Modell hat in unserem Land seit dem Kriegsende Wohlstand und Stabilität geschaffen. Es ist aber nicht nur ökonomisch erfolgreich; es ist auch ein leuchtendes Beispiel für eine demokratische Kultur, wie es sie auf der Welt nur wenige gibt. Daran weiter gemeinsam und ambitioniert zu arbeiten, wäre ein mutiges und motivierendes Zeichen – gerade in einer Zeit, wo die Demokratie an vielen Stellen in Deutschland und darüber hinaus unter Druck geraten ist.

Das Gute ist, dass sich bereits eine erkennbare Gegenbewegung zur Herausforderung durch Rechtspopulisten und -extremisten bildet. Viele Menschen sind wieder bereit, für unsere Demokratie zu streiten. Sie engagieren sich in Parteien, Bürgerbewegungen, Flüchtlingsinitiativen und auch bei uns in den Gewerkschaften. Das zeigt auch, dass wir in unsere Demokratie vertrauen dürfen. Es gibt heute viele Menschen, die sich vor sie stellen und sie schützen. Und wir Gewerkschaften werden immer Teil dieses Schutzwalls sein.

Es bedeutet aber auch, dass wir an die Ursachen von Radikalisierung an den Rändern und von Frustrationen in der Mitte der Gesellschaft herangehen müssen. Eine wachsende Zahl von Menschen hat offenbar den Eindruck, ökonomisch zu kurz zu kommen, demokratisch ignoriert zu werden oder kulturell herausgefordert zu sein. Viele Beschäftigte finden, dass ihr Alltag, ihre Wünsche und ihre Sorgen in der Politik nicht ausreichend Aufmerksamkeit und Gehör finden. Ein diffuses Gefühl der Unsicherheit und Sorge um die Zukunft der eigenen Kinder ist tief in die Gesellschaft eingesickert.

Wachsender Druck durch die Globalisierung, durch die Deregulierung der Märkte und durch die Furcht vor De-Industrialisierung hat Zukunftspessimismus entstehen lassen. Deutschland geht es zwar wirtschaftlich gut. In Teilen unserer Volkswirtschaft herrscht Vollbeschäftigung, sogar Fachkräftemangel. Das deutsche Wirtschaftsmodell hat sich global als konkurrenz- und wettbewerbsfähig erwiesen. Aber es gibt auch eine andere Seite dieser Geschichte. Es ist höchst unterschiedlich, wie und ob die Menschen an der ökonomischen Erfolgsgeschichte teilhaben. Und, meine Damen und Herren, ein einfaches Gesetz ist: Ungleichheit frisst den Glauben an Gerechtigkeit, Gleichheit und Demokratie auf. (Beifall)

Wir freuen uns über die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte. Wir sind Teil dieser wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte. Und niemand in der IG BCE und den deutschen Gewerkschaften wünscht sich etwas anderes. Aber die andere Seite auch anzusprechen, gehört ebenso dazu. Es gibt kaum ein anderes Land in Europa, wo die Spanne zwischen Arm und Reich größer ist. In kaum einem anderen Land besuchen so wenige Kinder aus Arbeitnehmerhaushalten eine Universität. Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung kommt zu einem traurigen Befund: In kaum einem

anderen Land bleibt Arm so oft Arm und Reich so oft Reich über Generationen hinweg. Das hält auf Dauer keine Gesellschaft aus. (Beifall)

Auch deshalb, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss es gelingen, Tariffucht zurückzudrängen. Überall da, wo wir Tarifverträge haben, sieht die Welt gleich viel besser für die Menschen aus.

Aber auch die Politik muss ihren Beitrag leisten und sich an den großen Zukunftsfragen beteiligen. Denn unser Land steht vor großen Aufgaben: die soziale und demokratische Gestaltung der Globalisierung, die Erneuerung des Sicherheitsversprechens unseres Wohlfahrtsstaates, die Digitalisierung der modernen Arbeitswelt, der notwendige Aufbruch in eine Bildungsrepublik, eine nachhaltige Modernisierung unserer Wirtschaft und am Ende wieder auch das Thema Sicherung des Friedens in der Welt. Die Politik kann neues Vertrauen in ihren Gestaltungswillen erzeugen, wenn sie in diesen Debatten nicht ausweicht.

Denn die Themen sind doch mit den Händen zu greifen, werden in den Pausenträumen und an den Küchentischen hoch und runter diskutiert. Die Menschen werden schier verrückt über den politischen Stillstand, der sich des Landes bemächtigt hat. Wo bleibt das Investitionsprogramm für unsere Schulen? Alle reden darüber. Passieren tut wenig. Wo bleibt das kraftvolle Signal an die jungen Familien im Land für gute Kinderbetreuung, für bezahlbaren Wohnraum, für größere finanzielle Spielräume? Wo bleibt das glaubwürdige Sicherheitsversprechen für ein würdevolles Leben im Alter, für gute Renten, für menschenwürdige Pflege? Es hat sich eine riesige Kluft aufgetan zwischen dem, was Politik liefert, und dem, was die Menschen an berechtigten Erwartungen haben. Diese Kluft muss endlich erkannt werden. Sonst kann sie nicht überwunden werden.

Neue Zuversicht, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann nur aus mutiger Politik erwachsen, die diskutiert, die einbindet, die abwägt und die Lösungen statt Überschriften produziert. Als Organisation, die mit Interessenskonflikten an der Schnittstelle zwischen Arbeitnehmerschaft, Wirtschaft und Politik vertraut ist, können und werden wir dabei eine verantwortliche und wichtige Rolle übernehmen. Wir wollen mithelfen, die großen Zukunftsfragen im Sinne der Beschäftigten zu gestalten. Auch das stärkt unsere Demokratie. Denn die meisten Menschen wollen nicht radikal sein. Sie sind auf Ausgleich bedacht. Sie wollen ein Leben führen, das selbstbestimmt, planbar und sicher ist. Aber dafür brauchen sie eben auch Rahmenbedingungen.

Die Radikalen, meine Damen und Herren, haben nichts anzubieten außer Radikalität. Radikalität aber führt zu einer Gesellschaft im Dauerkonflikt mit sich selbst und mit ihren Nachbarn. Wer will ernsthaft so leben? Wer glaubt, dass uns das wirklich weiterbringt? Wir haben mehr und vor allen Dingen Besseres anzubieten. Wir sorgen in unseren Betrieben und Branchen für geordnete Verhältnisse und Stabilität. Das ist für uns nichts Exotisches, sondern das soll und muss für Deutschland Referenz und Normalfall im ganzen Land sein. (Beifall)

Wir wollen ein Land, das überall von Tarifverträgen und Mitbestimmung, von gewerkschaftlicher Teilhabe, von fairen Arbeitsbedingungen, von zuverlässigen Arbeitgebern, von einer Politik des Ausgleichs der Interessen geprägt ist, das auf Zuversicht und Innovation setzt. Das ist unsere Vorstellung von Deutschland. Radikale und Populisten wollen etwas anderes. Deshalb bekämpfen sie ausnahmslos alle, die für den Zusammenhalt und sozialen Ausgleich, für Toleranz und Kompromissfähigkeit in unserem Land eintreten. Der Auftrag von Gewerkschaften ist es, Sicherheit in den Arbeits- und Lebensverhältnissen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu organisieren. Die Rechtspopulisten wollen das Gegenteil. Ihr Geschäftsmodell ist es, Unsicherheit zu schüren. Gewerkschaften kämpfen gegen die Angst, Rechtspopulisten ernähren sich von ihr. Gewerkschaften sind gelebte Solidarität, Rechtspopulisten wollen die Spaltung der Gesellschaft.

Die AfD mag sich in einzelnen Themen bei der Arbeitnehmerschaft anbiedern. Aber die Idee der Einheitsgewerkschaft hat Grenzen. Die Grenze beginnt da, wo der Boden legitimer politischer Positionen verlassen wird und die Politik und Sprache in den Extremismus abdriften. (Beifall)

Die AfD muss klären, auf welcher Seite dieser Grenze sie steht. Sie muss unter Beweis stellen, dass sie die offensichtlichen Grauzonen in ihrer Politik beseitigen will und Rechtsextremisten und Neonazis in ihren Reihen nicht duldet. Das hat sie bisher sträflich und bewusst unterlassen. Mich würde nicht wundern, wenn sie das auch weiterhin als ihre Linie beibehalten würde.

Klar ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren: Wer völkisches Gedankengut vertritt, Menschen abwertet, Intoleranz predigt und gegen Minderheiten hetzt, der bricht mit unseren Grundwerten. Er verletzt die Freiheit, die Gleichheit und die Solidarität aller hier lebenden Menschen, und er kann für uns kein Gesprächspartner sein. (Beifall)

Das darf und das soll aber nicht zur Sprachlosigkeit gegenüber den Wählerinnen und Wählern der AfD führen. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere IG BCE ist eine demokratische Gemeinschaft, die auf Solidarität und Demokratie gründet. So entwickeln wir Macht, die wir in einer demokratischen und sozialen Gesellschaft einbringen, um die Arbeits- und Lebensbedingungen unserer Mitglieder zum Besseren zu gestalten. Der Macht des ungezügelten Marktes setzen wir die Macht dieser Gemeinschaft entgegen, um demokratische und soziale Teilhabe für die Beschäftigten zu garantieren.

GEMEINSCHAFT.MACHT.ZUKUNFT. Das ist der Auftrag, an dem unser Kongress in den nächsten fünf Tagen arbeiten wird. Dieser Kongress wird ein weiteres Beispiel für das geben, was uns auszeichnet und wie wir uns verstehen: Wir sind Demokratie. Wir kämpfen für ein Land mit fairer Teilhabe in der Arbeitswelt, in Politik und Gesellschaft, für ein Land, in dem wir die gesellschaftliche Spaltung überwinden, ein Land, in dem Freiheit, Gleichheit und Solidarität tagtäglich spürbar sind.

Diese Zukunft kommt nicht von allein. Daran müssen wir in Deutschland gemeinsam arbeiten. Auf uns, die IG BCE, kann man dabei immer zählen, wie immer. – Ich danke für die Aufmerksamkeit mit einem herzlichen Glück auf. (Lang anhaltender Beifall)

## **HATICE AKYÜN**

Vielen, vielen Dank, Michael Vassiliadis, für Ihre klaren Worte.

Meine Damen und Herren, es gibt noch eine Premiere heute. Ich möchte Ihnen ein weiteres musikalisches Unikat vorstellen: das Nele-Kohrs-Quartett. Es ist nur für diesen Anlass hier heute entstanden.

Nele Kohrs – vielleicht werden es einige von Ihnen wissen; vielleicht haben es Ihre Kinder schon gesagt – ist bekannt geworden durch die Castingshow „The Voice of Germany“. Ich finde, dass das die beste Castingshow im deutschen Fernsehen ist, denn in dieser Sendung dürfen nur Leute mitmachen, die wirklich singen können. Sie können jetzt fragen: Wieso? Gibt es andere Castingshows, bei denen man nicht singen können muss? – Ja. Ich erinnere nur an Dieter Bohlen – der kann nicht singen – und seine Show, und die Leute, die in seiner Show manchmal auftreten, können auch nicht singen. (Beifall) Aber zum Glück hat Nele Kohrs nicht dort mitgemacht, sondern, wie gesagt, bei „The Voice of Germany“.

Nele Kohrs und drei Profimusiker haben von der IG BCE die Aufgabe bekommen, weltbekannte Lieder in ein neues Gewand zu stecken. Alle vier Lieder, die Sie jetzt gleich hören werden, kennen Sie ganz sicher – ich bin mir hundertprozentig sicher –, aber eben noch nicht in dieser neuen Version.

Freuen Sie sich also auf Bob Dylans „The times they are a changin‘“, The Rolling Stones mit „Gimme Shelter“, Bettina Wegner mit „Was ich noch sagen will“ und „the one and only“ Udo Lindenberg mit „Sie brauchen keinen Führer“.

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir das Nele-Kohrs-Quartett! (Beifall)

(Musikalische Darbietung: Nele-Kohrs-Quartett – Beifall)

## **HATICE AKYÜN**

Vielen herzlichen Dank an Nele Kohrs und ihre Musiker.

Ich habe jetzt ein kleines Problem. Denn ich weiß nicht, wie ich nach Bob Dylan und Mick Jagger den Übergang zu meinem nächsten Gast schaffen soll. Ich versuche es trotzdem.

Also, das, was er macht, ist auch ein Klassiker, und das, was er macht, wird auch nie vergessen. Wir werden immer daran denken, dass es etwas Positives ist, ein Evergreen. Er rockt auch das, was er tut. – Ich höre gerade, er ist noch nicht da. Dann folgt jetzt noch ein kleiner Schwank aus meiner Kindheit. (Heiterkeit)

Ich hatte ja schon gesagt, dass ich in Duisburg als Kind einer Bergarbeiterfamilie aufgewachsen bin. Und wissen Sie, was ich da gelernt habe? Ich habe gelernt, was Solidarität bedeutet. Das ist sozusagen der Ursprung der Gewerkschaft. Solidarität bedeutete zum Beispiel, dass der Steiger nebenan wohnte, seine Familie mit uns befreundet war, ich mit seiner Tochter zur Schule gegangen bin und man sich half.

In dieser Zechensiedlung, in der ich aufgewachsen bin, bin ich tatsächlich, ohne es zu wissen, mit Werten aufgewachsen, die ich mir bis heute ganz selbstverständlich erhalten habe. Es wird ja oft – in diesen Tagen wieder ganz besonders – über das Wort „Heimat“ gesprochen. Was bedeutet eigentlich Heimat? Lassen Sie es mich mal so ein bisschen aus der Perspektive dieser Duisburger Zechensiedlung beschreiben.

Heimat bedeutet, an einem Ort mit all dem ausgestattet zu werden, um sich woanders mühelos einbinden zu können. Also, Heimat ist gar kein statischer Begriff. Heimat kann sich ändern. Meine Heimat ist Deutschland. Fragen Sie mal meinen Vater. Der würde mich mit großen Augen angucken und sagen: Wieso? Du bist doch in der Türkei geboren. Du bist doch meine Tochter. Du kommst doch aus dem Dorf. – So kann sich der Begriff „Heimat“ über die Jahre, über nur eine Generation verändern.

Mein Vater sagte früher, wenn die Sommerferien anstanden, immer: Wir fahren in die Heimat. – Ich habe schon eine Generation weiter gesagt: Wir fahren in die Türkei. – Und wissen Sie, was meine Tochter sagt, die hier in Deutschland geboren ist und hier aufwächst? Sie sagt ganz selbstverständlich: Mami, ich bin doch Berlinerin. Was sonst! – Sie sagt, wenn wir in die Türkei fahren: Wir fahren in den Urlaub. – Daran sehen Sie, wie sich der Heimatbegriff in nur zwei Generationen verändern kann.

So, jetzt habe ich aber genug gequatscht. Die Bühne ist leer. Begrüßen Sie mit mir den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Reiner Hoffmann. (Beifall)

## **REINER HOFFMANN** (Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Ich denke, das war ein guter Übergang, eine gute Überbrückung dafür, dass ich nun mein Grußwort hier halten darf. Herzlichen Dank dafür.

Seit Gründung der IG BCE konnte ich an all Euren Kongressen teilnehmen, zuletzt noch vor vier Jahren, damals noch im Team der Landesbezirksleiter. Heute, zur Eröffnung des 6. Gewerkschaftskongresses, ist es mir selbstverständlich eine große Freude, aber auch eine große Ehre, Euch als Vorsitzender des Deutschen Gewerkschafts-

bundes die ganz herzlichen Glückwünsche zum 20. Geburtstag im Namen des DGB-Bundesvorstandes und im Namen des geschäftsführenden Bundesvorstandes zu überbringen. (Beifall)

Ich bin seit 1972 Mitglied unserer Organisation, und bei dieser Gelegenheit kann ich durchaus sagen, dass ich ihr einiges zu verdanken habe. Ihr wart es, die mir zugetraut haben, Verantwortung an der Spitze des Dachverbandes zu übernehmen, und dies zusammen mit den sieben Mitgliedsgewerkschaften des DGB und den Delegierten auf dem 20. OBK im Mai 2014.

Die IG BCE – ich kenne sie ein paar Tage – ist sicherlich nicht immer nur ein bequemer oder einfacher Partner, aber ein sehr verlässlicher und ein sehr konstruktiver Partner in der Familie des Deutschen Gewerkschaftsbundes. (Beifall) Aber das, liebe Kolleginnen und Kollegen, gilt im Übrigen auch für alle anderen Mitgliedsgewerkschaften im DGB. (Lebhafter Beifall)

Gerade die Verantwortung, die wir als Einheitsgewerkschaft für die vielfältigen Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben, erfordert geradezu einen kritischen Diskurs untereinander, genauso aber die Geschlossenheit im politischen Raum und gegenüber den Arbeitgebern. Das macht uns stark, das macht uns erfolgreich, und ganz selbstbewusst sage ich und bestätige Stephan Weil: Mit unserer Vielfalt und unserer Geschlossenheit haben wir für gute Lebens- und Arbeitsbedingungen in diesem Land ganz zentrale Beiträge geliefert. (Beifall)

Wie stark wir sind, zeigen wir in jeder Tarifrunde, und wir haben es in den letzten vier Jahren der Großen Koalition gezeigt. Unsere Erfolgsbilanz kann sich durchaus sehen lassen. Ich will nur ganz wenige Beispiele nennen: Wir haben den gesetzlichen Mindestlohn, wir haben beim Schutz gegen den Missbrauch von Werkvertragsarbeit und Leiharbeit einiges hinbekommen. Wir haben Verbesserungen bei der gesetzlichen Rente erreicht und bei der betrieblichen Altersvorsorge durchgesetzt.

Wir haben auch mit dazu beigetragen, eine rein technikzentrierte Debatte über Industrie 4.0 und Digitalisierung vom Kopf auf die Füße zu stellen, und in unserer Debatte über die Arbeit der Zukunft den Menschen in den Mittelpunkt gestellt. Und auch dank Eures Engagements ist es uns gelungen, mit den EEG-Reformen erste wichtige Schritte zu unternehmen, um Ordnung im Rahmen der Energiewende zu schaffen.

Gemeinsam unter dem Dach des Deutschen Gewerkschaftsbundes haben wir das Thema „Öffentliche Investitionen für einen handlungsfähigen Staat und einen zukunftsfähigen Industriestandort“ ganz nach oben auf die Tagesordnung gesetzt. Durch unser Mitwirken an unserem Bündnis „Zukunft der Industrie“ haben wir klare gewerkschaftliche Impulse setzen können für eine aktive Industrie- und Strukturpolitik in Deutschland und in Europa.

Trotz guter Wirtschaftslage und einer Rekordbeschäftigung bleibt es aber dabei: Viele Menschen blicken mit Sorge in die Zukunft. Flüchtlinge, Kriminalität, Terror – all das sind Themen, die bei den Menschen Verunsicherung ausgelöst haben.

Nach zwölf Jahren Merkel-Regierung geht es in unserem Land sozial ungerechter zu und die gesellschaftliche Spaltung hat zugenommen. Das Motto der Bundeskanzlerin „Es geht uns gut“ ist offensichtlich nicht aufgegangen. (Beifall) – Ich merke, Ihr teilt es, dass dieses Motto der Bundeskanzlerin nicht aufgegangen ist. Daran lassen die Ergebnisse der Bundestagswahl keinen Zweifel.

Die Große Koalition ist eindeutig abgewählt worden. Natürlich gehört es zur Normalität in demokratischen Gesellschaften, dass Regierungen abgewählt werden und andere Regierungskoalitionen Verantwortung für die Geschicke unseres Landes übernehmen müssen. Am 24. September ist aber eben nicht nur die Große Koalition abgewählt worden; zum ersten Mal seit 1949 zieht eine rechtsnationale Partei in den Deutschen Bundestag ein. Sie stellt künftig die drittstärkste Fraktion, darunter Abgeordnete, die

rechtsextremistische und rassistische Einstellungen teilen. Dies kann ich nicht, und ich finde, dies dürfen wir nicht als Normalität akzeptieren, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ich finde es nicht normal, dass Rechtsradikale und Rechtspopulisten im Deutschen Bundestag sitzen. Ich finde es auch nicht normal, dass Gewerkschafter AfD wählen. Und ich finde es überhaupt nicht normal, dass Wähler glauben, ihren Protest nur noch durch eine solche Wahl zum Ausdruck bringen zu können. Das bereitet uns natürlich Sorgen, und wir müssen uns offensiv damit auseinandersetzen. Auch wir müssen uns natürlich der Frage annehmen, warum so viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegen ihr eigenes Interesse am Ende des Tages gestimmt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es stimmt: Die meisten Menschen in Deutschland nehmen die wirtschaftliche Lage und ihre eigene Situation durchaus positiv wahr. Richtig ist aber auch, dass sich viele Menschen Sorgen um die Zukunft machen und den sozialen Zusammenhalt in unserem Land massiv gefährdet sehen. Sie sorgen sich mit Blick auf den technologischen Wandel und die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze in der Zukunft. Sie fragen: Wird die Rente für ein ordentliches Leben im Alter reichen? Sie empfinden Kontrollverlust und fühlen sich immer stärker auf sich selbst gestellt.

Wie wird die Zukunft ihrer Kinder aussehen? Wir wissen, dass soziale Gerechtigkeit für mehr als 90 Prozent der Menschen in diesem Land von ganz zentraler Bedeutung ist. Die von der HBS geförderte Studie „Einstellung und soziale Lebenslage“ zeigt wie in einem Brennglas, dass die konkreten Erfahrungen von Mitbestimmung, Tarifbindung und Sicherheit am Arbeitsplatz Menschen deutlich weniger anfällig macht für Rechtspopulisten und sich deutlich weniger als Protestwähler verhalten.

Wenn dem so ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann ist doch klar, dass unsere Anforderung an die zukünftige Bundesregierung nur lauten kann: Mehr Sicherheit im Betrieb mit Tarifverträgen, (lebhafter Beifall) eine starke Mitbestimmung und eine Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, die Gute Arbeit fördert und sichert. Wir werden die zukünftige Regierung daran messen, dass unsere zentralen Anforderungen, die wir an die Parteien zur Bundestagswahl gestellt haben, in konkrete Praxis umgesetzt werden. Das wird sicherlich nicht einfach werden.

Ich habe allerdings erhebliche Zweifel, ob die vor uns liegende Reise nach Jamaika für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wirklich eine gute Reise wird. Schauen wir nach Schleswig-Holstein. Dort gibt es bereits eine Jamaika-Koalition. Eine der ersten Entscheidungen war es, den Landesmindestlohn nicht zu verlängern. Von wem wird dort das Sozialministerium geführt? (Zuruf: Von der FDP!) – Genau, von der FDP. Ähnlich sieht es im Bund aus. Beim Mindestlohn möchte die FDP unter dem Kampfbegriff Entbürokratisierung Kontrollen abbauen und weitere Ausnahmen zulassen. Da sagen wir ganz klar und deutlich: Nein! (Lebhafter Beifall)

Die Grünen wollen den Mindestlohn ausnahmslos für alle. Ich finde, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist vernünftig. Alles andere als vernünftig ist es aber, wenn sich die Grünen jetzt mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen als Ausstiegspartei profilieren wollen. Unter dem Dach des DGB werden wir gemeinsam alles dafür tun, dass Jamaika keine Irrfahrt wird, die den sozialen Zusammenhalt in diesem Land aufs Spiel setzen wird. (Beifall)

Um das ganz klar und deutlich zu sagen: Selbstverständlich treten wir als Gewerkschaften für den Klimaschutz und für eine kluge Energiewende ein. Klug heißt: Der tiefgreifende Strukturwandel, den der Abschied aus den fossilen Energieträgern erfordert, muss die sozialen und die wirtschaftlichen Folgen mit in den Blick nehmen. Genau das droht aber unter die Räder zu kommen, wenn die Grünen ausschließlich – wir sind mit ihnen darüber auch im Gespräch – ihren Feldzug gegen die Braunkohle und gegen die Verbrennungsmotoren in einer Jamaika-Koalition fortsetzen und nicht wachsam sind für die Folgen, die ein zu kurz gedachter Ausstieg a) für die Beschäftigung, b) die

Kosten für die Stromverbraucher und c) für ein nachhaltiges Wachstum haben würde. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was es für unsere Demokratie bedeutet, wenn Energie- und Verkehrswende für die Menschen gleichbedeutend sind mit Perspektivlosigkeit und drohender De-Industrialisierung, das können wir uns in der Lausitz anschauen. Dort haben die Rechtspopulisten mit ihrer Leugnung des Klimawandels erschütternde Ergebnisse erzielt. Inklusives Wachstum und nachhaltige Entwicklung sind für uns als Gewerkschaften ganz zentrale Ziele. Wir werden dafür Sorge tragen, dass die ökologische, aber auch die soziale und die ökonomische Dimension von Nachhaltigkeit in ein ordentliches Gleichgewicht gebracht werden.

Ich glaube es gerade hier und heute unterstreichen zu können: Wie und dass das geht, habt gerade Ihr mit dem Ausstieg aus der Steinkohle gezeigt. Die letzte Steinkohlegrube wird Ende kommenden Jahres schließen. Ihr habt Euch erfolgreich dafür stark gemacht, dass der zum Teil durchaus schmerzhaft Abschied von der Steinkohle und der damit verbundene Strukturwandel sozialverträglich ausgefallen sind. Und es war Euer Verdienst, dass keiner ins Bergfreie gefallen ist und keiner ins Bergfreie fallen wird, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ich bin davon überzeugt: Wir brauchen ein langfristig angelegtes Konzept zur Begleitung des energie-, verkehrs- und industriepolitischen Strukturwandels. Dabei geht es auch um riesige Investitionsentscheidungen und um Hunderttausende Arbeitsplätze.

Da bringt uns eine Jamaika-Koalition, in der die FDP aktive Industriepolitik als ordnungspolitisches No-Go betrachtet und die Grünen einen möglicherweise zu raschen Ausstieg verkünden, möglicherweise nicht wirklich weiter. Alle drei Koalitionspartner, insbesondere die Union unter Angela Merkel, müssen soziale Verantwortung übernehmen. Die neue Bundesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss vor allem auch Verantwortung für Europa übernehmen. Alles, was eine sozialverträgliche Gestaltung der Energie- und der Verkehrswende ausmacht, funktioniert nicht, wenn Europa nicht handlungsfähig ist.

Die Klimaschutzziele von Paris und die Klimaziele der EU bis 2030 werden wir nur erreichen, wenn Deutschland mit seinen europäischen Partnern wesentlich enger zusammenarbeitet, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Ein starkes, ein solidarisches Europa ist geradezu Voraussetzung für eine aktive, nachhaltige und kohärente europäische Industriepolitik. Hand in Hand gehen muss eine solche Industriepolitik mit einer europäischen Klima- und Umweltschutzpolitik, die darauf ausgerichtet ist, Unternehmen in Europa zu halten und Investitionen massiv zu fördern. Daher muss auch der Europäische Investitionsfonds, den Jean-Claude Juncker als Kommissionspräsident auf den Weg gebracht hat, wesentlich deutlicher ausgebaut werden und ambitionierter sein.

All dies kann gelingen, wenn endlich – auch das gehört mit dazu – eine Kehrtwende in der europäischen Wirtschaftspolitik eingeleitet wird. Diese muss auf nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung durch eine stärkere Binnennachfrage setzen. Wir müssen weg von einer besinnungslosen Sparpolitik, die die wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten zwischen, aber auch in den Mitgliedstaaten immer weiter verschärft hat. Emmanuel Macron hat dies erkannt und, wie ich finde, richtige Vorschläge für die europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik gemacht.

Dazu gehört aber auch, neben einer Neubestimmung der Wirtschafts- und Finanzpolitik, dass die sozialen Grundrechte der Beschäftigten endlich Vorrang bekommen vor den Binnenmarktfreiheiten innerhalb der Europäischen Union. (Beifall) Wir brauchen Vorfahrt vor den sozialen Grundrechten. Dies wird mit eine zentrale Voraussetzung dafür sein, dass Europa das verloren gegangene Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern zurückgewinnt und nicht weiter auseinanderdriftet.

Europa – ich glaube, darin sind wir alle uns einig – ist viel zu wichtig für uns, als dass wir es in den nächsten Monaten, in den nächsten Jahren scheitern lassen. Das Risiko ist nach wie vor groß. Deshalb brauchen wir eine andere, eine bessere deutsche Europapolitik. (Beifall)

Weiterkommen werden wir nur dann, wenn die nächste Bundesregierung endlich aufhört, ihren Partnern ein deutsches Europa zu oktroyieren, und wenn wir stattdessen ein europäisches Deutschland nach vorne bringen, das sich konsequent für mehr soziale Demokratie in Europa einsetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

In drei, vier Wochen, nächsten Monat, findet in Göteborg der europäische Sozialgipfel statt. Dort haben die 27 Regierungen der Mitgliedstaaten alle Chancen, klare Zeichen für eine verbindliche Stärkung der sozialen Rechte zu setzen. Wir erwarten hier keine weiteren Lippenbekenntnisse; davon haben wir genug. Die sozialen Grundrechte, wie sie in der Grundrechtecharta festgeschrieben sind, müssen endlich wirksam gestärkt werden. Auch das ist ein Beitrag zur Stärkung der sozialen Demokratie in Europa. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine tragende Säule der sozialen Demokratie ist und bleibt für uns die Mitbestimmung. Das gilt nicht nur für Deutschland; das gilt auch für Europa. Deshalb setzen wir uns unter anderem für eine Stärkung der europäischen Betriebsräte ein. Deshalb kämpfen wir gegen die fortschreitende Aushöhlung der deutschen Unternehmensmitbestimmung durch das europäische Gesellschaftsrecht.

Wir erinnern uns daran, liebe Kolleginnen und Kollegen: Im letzten Jahr haben wir den 40. Geburtstag der 76er-Mitbestimmung gefeiert. Dieses Gesetz hätte es vermutlich nicht gegeben – schade, dass Hermann Rappe heute nicht bei uns sein kann –, wenn sich nicht gerade Hermann Rappe, der spätere Vorsitzende der IG CPK damals, und Adolf Schmidt, der langjährige Vorsitzende der IG Bergbau und Energie, dafür stark gemacht hätten. Als Bundestagsabgeordnete der SPD haben sie wesentlich mit dazu beigetragen, dass das Mitbestimmungsgesetz letztendlich verabschiedet wurde. Bis heute müssen wir immer wieder hart dafür kämpfen, dass Mitbestimmungsrechte geschützt und verteidigt werden, auch zum Beispiel gegen das europäische Gesellschaftsrecht.

Es muss Schluss damit sein, dass die Europäische Kommission immer wieder neue Schlupflöcher für Unternehmen öffnet, die sich durch die Verlegung des Unternehmenssitzes der Mitbestimmung entziehen können. (Beifall)

Wir wollen ein Europa, das sich für die Beteiligung der Beschäftigten in den Aufsichtsräten einsetzt. Da sehe ich durchaus Ansätze und Grund zur Hoffnung.

In dem jüngsten und, wie ich finde, außerordentlich interessanten Urteil des Europäischen Gerichtshofs wird bestätigt: Unsere, die deutsche Mitbestimmung ist mit dem Europarecht vereinbar. – Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, unterstreicht der Europäische Gerichtshof die Bedeutung der Unternehmensmitbestimmung für die soziale Demokratie in Europa. Dies ist eine starke Ansage. (Beifall)

Das heißt natürlich: Demokratie endet nicht vor dem Werktor. Mitbestimmung macht Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu Bürgerinnen und Bürgern im Betrieb. Deshalb treten wir für eine starke betriebliche, für eine starke Unternehmensmitbestimmung ein. Deshalb haben wir unsere offensive Mitbestimmung auf den Weg gebracht. Wir erleben doch gerade, dass sich die Arbeitswelt rasant verändert. Nur bei der Mitbestimmung wollen die Arbeitgeber und der Wirtschaftsflügel in der CDU, aber auch die FDP uns weiterhin Stillstand verordnen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage: Diesen mitbestimmungspolitischen Stillstand müssen wir überwinden. (Beifall)

Arbeiten ist zunehmend zeit- und ortsungebunden möglich. In diesem Zusammenhang stellt sich neben vielen anderen Fragen beispielsweise die Frage nach einem zeitgemäßen Betriebsbegriff. Hier brauchen wir dringend ein Update, das den betrieblichen

Realitäten unter den Bedingungen voranschreitender Digitalisierung gerecht wird. Oder anders ausgedrückt: Wenn Demokratie vor dem Werktor nicht enden soll, brauchen wir neue Klarheit darüber, wo sich das Werktor zukünftig eigentlich befindet. (Beifall) Denn Demokratie – Michael Vassiliadis hat darauf hingewiesen – ist weit mehr, als alle vier Jahre den Bundestag zu wählen. Demokratie lebt von der Beteiligung mündiger Bürgerinnen und Bürger am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben. Demokratie lebt von ihrem Engagement für den sozialen Zusammenhalt in Deutschland und in Europa.

Mitbestimmung im Betrieb und in den Verwaltungen ist für uns ein zentraler Eckpfeiler für gelebte Demokratie. Auch deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass die Behinderung von Betriebsratswahlen oder die Verhinderung von Betriebsratsarbeit zukünftig unterbunden werden; denn auch das ist eine Einschränkung von Demokratie. Ich bin mir sicher, dass Ihr, dass wir gemeinsam im Frühjahr nächsten Jahres ein starkes Zeichen setzen, wenn es um die Wahl von 180.000 Betriebsräten in diesem Lande geht.

In diesem Sinne wünsche ich Euch einen guten Kongressverlauf, tolle Beratungen, gute Ergebnisse. Bleibt, wie Ihr seid, immer nach vorn, in die Zukunft gerichtet. – Herzlichen Dank für Eure Aufmerksamkeit und ein herzliches Glück auf! (Starker Beifall)

## **HATICE AKYÜN**

Vielen Dank, Herr Hoffmann, ganz besonders für die wirklich sehr klaren Worte zur AfD. Es liegt wirklich auch an uns, tagtäglich darauf zu achten, dass wir rechtsnationales Gedankengut nicht als normal empfinden. Denn ich glaube, je häufiger wir das hören desto normaler erscheint es uns. Aber es ist nicht normal, wie Sie gerade schon gesagt haben. Wahrscheinlich muss sich jeder von uns in seinem Alltag, in seinem Leben immer wieder selbst kontrollieren und darf nicht sagen: Na ja, es ist nicht so schlimm. Ich finde, das ist es schon, und jeder muss seinen Beitrag leisten, damit es nicht Normalität wird. (Beifall) – Vielen Dank.

Ich darf jetzt jemanden vorstellen, den ich wirklich großartig finde. Alles, was er auf der Bühne macht, ist großartig. Ich gebe es zu: Meine Schwärmerei könnte vielleicht daran liegen, dass ich ein klitzekleines bisschen verliebt bin. Er kommt wie ich aus Duisburg, aber nicht deshalb finde ich, er ist große Klasse. Er hat auch noch etwas anderes: Er hat geile blaue Augen, und ich liebe blaue Augen. Wenn Sie wie ich mit tiefschwarzen Augen geboren werden, lieben Sie blaue Augen.

Aber er kann noch viel mehr, als blaue Augen zu haben und aus Duisburg zu kommen. Er ist witzig, und – ha! – er ist klug. Auf den Kabarettbühnen ist er ein Ausnahmetalent, schreibt man über ihn, weil er nicht moralinsauer und mit erhobenem Zeigefinger daherkommt. Er macht Kabarett mit Köpfchen. Er brachte zum Beispiel – das ist wirklich eine hohe Kunst – Barbara Schöneberger zum Schweigen. Er war bei Pegida-Spaziergängen dabei, hat mit AfD-Politikern in Wohnzimmern besorgter Bürger gesessen und ein ganzes Buch über diese Erfahrungen geschrieben. Und ausgezeichnet wurden seine Programme selbstverständlich auch schon.

Es ist politisches Kabarett, was Sie gleich hören werden, auch wenn er selbst gar nicht parteipolitisch ist und – Achtung! – keine Politiker beleidigt. Aber gerade das zeichnet ihn aus: dass er nicht beleidigt. Er nimmt unsere Gesellschaft kritisch unter die Lupe, und so entlarvt er die Doppelmoral. Dies ist eine ehrliche Bestandsaufnahme unserer politischen Landschaft.

Meine Damen und Herren, ich freue mich wirklich sehr auf Till Reiners. (Beifall)

(Politisches Kabarett, Till Reiners – Beifall)

## **HATICE AKYÜN**

Till Reiners, ein witziger junger Mann. Nur, eine Stelle habe ich nicht verstanden: das mit dem Sich-selbst-toll-Finden, das Sich-selbst-Mögen. Ich finde das eigentlich nicht so schlecht. Wenn ich nicht ich wäre, würde ich mich schon heiraten wollen. (Heiterkeit) Klingt das egoistisch? Ich finde das gar nicht egoistisch. Es klingt wahrscheinlich ver-zweifelt. (Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, was für ein großartiger Start in die Kongresswoche, die Ihnen ab morgen bevorsteht! Ich kann eigentlich nur an Sie alle, die hier sitzen, die viele Entscheidungen treffen müssen, einen Wunsch äußern: Machen Sie die Welt ein bisschen besser! (Beifall) Wir brauchen Sie – wirklich.

Gestatten Sie mir, meine Moderation mit einer klitzekleinen persönlichen Geschichte zu Ende zu bringen. Wissen Sie, welches das erste Gedicht war, das ich gelernt habe? Ich kann es nicht mehr ganz auswendig, aber die erste Strophe:

Glück auf, Glück auf, der Steiger kommt.  
Und er hat sein helles Licht bei der Nacht,  
schon angezünd't.  
Das gibt ein'n Schein,  
und damit so fahren wir bei der Nacht,  
ins Bergwerk ein.

Das hat mir mein Vater als Allererstes beigebracht. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein fröhliches Glück auf! (Beifall)

Als Bonbon sehen Sie jetzt noch das Video zu unserer neuen Gewerkschaftshymne „Wir sind Demokratie“. Dazu gibt es die Bilder, die für dieses Lied sehr passend sind, wie ich finde. Film ab!

(Video: Demokratie-Song – Beifall)

## **MICHAEL VASSILIADIS** (Vorsitzender der IG BCE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Diese Eröffnungsveranstaltung ist, glaube ich, eine fantastische, gelungene Veranstaltung für unsere Demokratie, für unsere IG BCE gewesen. Die Delegierteninnen und Delegierten haben schon einmal etwas üben können, was Sitzen bedeutet; das wird noch schlimmer. (Heiterkeit) Ich kann auch garantieren: Am Ende der Woche können diejenigen, die die ganze Zeit hier sind, den Text auswendig. Dafür werden wir sorgen.

Einen herzlichen Dank an diejenigen, die hier mitgewirkt haben: die Künstler, die Redner, die diese Eröffnungsveranstaltung zum Erfolg gebracht haben. Ich danke allen Gästen, dass Sie gekommen sind, dass Sie der IG BCE damit die Ehre erwiesen haben. Wir haben noch eine ganze Woche Beratungen vor uns. Damit wir das tun können, ist es notwendig, jetzt einen Satz zu sagen: Der Kongress ist eröffnet. (Beifall) Ein herzliches Glück auf!

Unterbrechung des Gewerkschaftskongresses: 18:31 Uhr